



K E E L E
U N I V E R S I T Y

Die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ)
und das
Bündnis Zukunft Österreichs (BZÖ)

Kurt Richard Luther

Keele European Parties Research Unit (KEPRU)

Working Paper 22

© Kurt Richard Luther, 2005

ISSN 1475-1569

ISBN 1-899488-23-5

KEPRU Working Papers are published by:

School of Politics, International Relations and the Environment (SPIRE)
Keele University
Staffs.
ST5 5BG, UK

Tel +44 (0)1782 58 4177/3088/3452

Fax +44 (0)1782 58 3592

www.keele.ac.uk/depts/spire/

KEPRU Working Papers are available via SPIRE's website.

Launched in September 2000, the Keele European Parties Research Unit (KEPRU) was the first research grouping of its kind in the UK. It brings together the hitherto largely independent work of Keele researchers focusing on European political parties, and aims:

- to facilitate its members' engagement in high-quality academic research, individually, collectively in the Unit and in collaboration with cognate research groups and individuals in the UK and abroad;
- to hold regular conferences, workshops, seminars and guest lectures on topics related to European political parties;
- to publish a series of parties-related research papers by scholars from Keele and elsewhere;
- to expand postgraduate training in the study of political parties, principally through Keele's MA in Parties and Elections and the multinational PhD summer school, with which its members are closely involved;
- to constitute a source of expertise on European parties and party politics for media and other interests.

The Unit shares the broader aims of the Keele European Research Centre, of which it is a part. KERC comprises staff and postgraduates at Keele who are actively conducting research into the politics of remaking and integrating Europe.

Convenor KEPRU: Dr Kurt Richard Luther (r.luther@keele.ac.uk)

Dr Kurt Richard Luther is Senior Lecturer in politics in the School of Politics, International Relations and the Environment (SPIRE) at Keele University.

Die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) und das Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ)^{1 2}

Kurt Richard Luther

- | | |
|-----------------------------------|--|
| 1. Geschichte | 3.1 Stellenwert der Programmatik in der politischen Praxis |
| 2. Organisation | 3.2 Entwicklungsphasen und Programmatik |
| 2.1 Der formale Aufbau | 3.3 Das Meinungsspektrum |
| 2.2 Die Organisationswirklichkeit | 4. Mandate und Regierungsbeteiligung |
| 2.3 Umfang der Parteiorganisation | 5. Perspektiven |
| 2.4 Innerparteiliche Gruppen | |
| 3. Ideologie – Programm – Praxis | |

1. Geschichte

Am 4. April 2005 wurde überraschend das Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ) ins Leben gerufen. Sein Wesen und seine Zukunft sind heute (Juni 2005) noch so ungewiss wie die Frage, ob es als Abspaltung, Reorganisation oder Neugründung der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) gelten wird. Daher befasst sich dieses Kapitel vor allem mit der FPÖ. Die Analyse der konfliktträchtigen jüngsten Entwicklung der FPÖ wird aber auch die Auslöser der Gründung des BZÖs beleuchtet, sowie eine allererste Auseinandersetzung dieser Partei bieten.

Die im Jahre 1956 gegründete FPÖ gilt als Nachfolgepartei des Verbands der Unabhängigen (Riedlsperger 1978; Höbelt 1999). Ihre Entwicklung auf Bundesebene kann in fünf Perioden eingeteilt werden:

1. Im ersten Jahrzehnt ihrer Existenz war die FPÖ organisatorisch schwach, programmatisch ausgesprochen national und auf wenige Themen beschränkt, in der Wählergunst bald sinkend und vom politischen Geschehen weitgehend ausgeschlossen.

2. Ab Mitte der 60er Jahre wurde unter ihrem Bundesparteiohmann (BPO) Friedrich Peter bewusst versucht, diese "Ghettopartei" aus der Isolation zu führen (Luther 1995a). Diese Normalisierungsphase war gekennzeichnet durch weitgehend stabile Wahlergebnisse, den Zuzug neuer akademisch ausgebildeter Kräfte, womit die intellektuelle Fundierung der Programmatik gestärkt werden sollte, sowie durch eine allmähliche Gesprächsbereitschaft seitens der politischen Konkurrenten der FPÖ. Diese Phase gipfelte 1970/1971 in der Unterstützung der SPÖ-Minderheitsregierung durch die FPÖ, wofür sie als Gegenleistung eine minderheitenfreundliche Wahlrechtsreform erhielt (Müller i. d. B., III.1.).

3. Ab der zweiten Hälfte der 70er Jahre ist eine Phase der politischen Akzeptanz anzusetzen. Unter der Parteiführung Norbert Stegers (1980-1986), der die FPÖ in Richtung Liberalismus drängte, erfuhr die organisatorisch noch unterentwickelte und für eine Regierungsbeteiligung unvorbereitete Partei eine weitere Verschlechterung ihrer wahlpolitischen Position und geriet in immer größere interne Auseinandersetzungen, vor allem ab 1983, als die FPÖ erstmals an der Bundesregierung beteiligt war, damals mit der SPÖ (Luther 1995b). Diese Konflikte mündeten im Bundesparteitag vom September 1986 in einer dramatischen Kampfabstimmung, bei der Steger dem charismatischen Jörg Haider unterlag (Höbelt 2003, 38–47)

4. Entgegen Haiders Erwartungen reagierte Bundeskanzler Vranitzky auf Stegers Ablöse mit der Ausrufung von Neuwahlen, worauf die FPÖ in eine Phase des populistischen Protests eintrat. In Bezug auf Wahlergebnisse und Mandate war dies die erfolgreichste Phase der Parteigeschichte (vgl. Tabellen 1 und 4 sowie Dachs i.d.B., VIII.5). Ihr Höhepunkt war mit 26,9 % der Stimmen die Nationalratswahl vom Oktober 1999, als die FPÖ die ÖVP knapp überholte und zweitstärkste Partei wurde. Während ihrer Phase des populistischen Protests von beträchtlichen Teilen der sonstigen Parteien durchwegs als nicht koalitionsfähig disqualifiziert, stand die FPÖ nun an der Schwelle der Macht, bedurfte jedoch eines Koalitionspartners, der bereit war, sie mit ihr zu überschreiten.

5. Die Angelobung der Regierung Schüssel-Riess-Passer am 4. Februar 2000 markierte den Anfang einer Phase der Auseinandersetzung mit der Regierungsverantwortung. Die erwartungsgemäß großen personellen, organisatorischen und strategischen Herausforderungen des Überganges vom populistischen Protest zur Regierungsverantwortung (Luther 2001) konnte die Partei nicht bewältigen. In dieser Hinsicht, sowie angesichts ihrer im Frühsommer 2005 ebenfalls kritischen Umfragewerte, weist die FPÖ nun Ähnlichkeiten mit der Zeit ihrer ersten Regierungsbeteiligung vor. Erschwerend kommt allerdings die BZÖ-Gründung hinzu, wodurch der FPÖ auf einen Schlag ihre gesamte Regierungsmannschaft und ein Großteil ihrer Abgeordneten (siehe Tabelle 1) sowie einige Landesorganisationen abhanden gekommen sind.

Tabelle 1: FPÖ-Stärke 1990 bis 2005 und BZÖ 2005¹

	NR-Wahl ²	NRAbg	BRMitgl	LRäte ³	LH	MdEP	SS	BM	VK	AKRäte	HKRäte	B-PV
1990	16,6 %	33	5	4	1	-	0	0	0	63	959	2
1992	-	33	10	10	0	-	0	0	0	63	1.134	12
1996	21,9 %	40	12	12	0	6	0	0	0	116	2.060	13
2000	26,9 %	52	14	10	1	5	2	5	1	83	1.860	13
2002	10,1 %	18	12	9	1	5	3	3	1	83	1.860	13
2004	-	18	5	7	1	1	3	3	1	41	1.860	5
2005 F ⁴	-	4	2	4	0	1	0	0	0	41	967	5
2005 B ⁴	-	9	2	2	1	0	3	3	1	-	-	-
Sonst. ⁵	-	5	1	1	0	0	0	0	0	-	-	-

1. 1990: November; 1992 und 1996: April; 2000 und 2002: November; 2004: Dezember.

2. Stimmenanteile bei den Wahlen vom 6.5.1979, 7.10.1990, 17.12.1995, 3.10.1999 und 24.11.2002.

3. Inklusive (nichtamtsführender) Stadträte für Wien als Land und Gemeinde.

4. Der Stichtag für die Zuteilung der Nationalratsabgeordneten, Bundesratsmitglieder und Landesräte lautet 31.5.. Es war noch unmöglich, festzustellen, wie viele der ursprünglich auf FPÖ-Listen kandidierenden Kammerräte und Bundespersonalvertreter nicht mehr der FPÖ zuzuordnen waren.

5. NR: Freiheitliche Partei Oberösterreich 3; 2 unklar (Neudeck und Prinzhorn); BR: formal aus FPÖ ausgetreten (Gudenus); LR: Freiheitliche Partei Vorarlberg (Egger).

Quellen: Bundesministerium des Inneren; Parlament; FPÖ-Bundes- und Landesgeschäftsstelle(n).

2. Organisation

2.1. Der formale Aufbau

Das den formalen Aufbau der FPÖ regelnde Organisationsstatut (OS) ist während der Phase des populistischen Protests des öfteren, zuletzt aber am 27. o. Bundesparteitag vom 23. April 2005, revidiert worden. Die zunächst anscheinend radikalste Reform der Partei wurde am a.o. Bundesparteitag vom Januar 1995 verabschiedet. Hier wurde dem Parteinamen die Alternativbezeichnung "Die Freiheitlichen (F)" angehängt, die Ämter der Generalsekretäre wurden abgeschafft. Mittels einer neuen Geschäftsordnung (GO) wurden dann u.a.

Wahlkonvente eingeführt, der Partei eine "Bürgerbewegung" zur Seite gestellt und die Bezeichnung „Partei“ aus dem herkömmlichen Namen aller Parteiorgane gestrichen, öfters zugunsten des Bündnisbegriffes (z.B. „Bündnisbüro, bzw. „Bündnisbürger“).³ Die meisten Erneuerungen des Jahres 1995 haben sich jedoch nicht bewährt und viele sind bald sogar formal rückgängig gemacht worden. So sind z.B. bei der Statutenanpassung vom Juli 1998 die Wahlkonvente ersatzlos gestrichen und das Amt des Generalsekretärs wieder eingeführt (§ 13 [1] h OS) worden. Gleichzeitig wurden als Reaktion auf die unmittelbar zuvor ausgebrochenen Rosenstingl-Affäre⁴ neue Finanzkontrollen eingeführt, das Organ eines „Bürgeranwaltes“ geschaffen und der Bundesparteitag zur „Beschlussfassung ... über einen Rahmenvertrag zur Regelung der politischen Verantwortlichkeit der Funktionäre und Mandatare“ ermächtigt (§ 3a, bzw. 16a und 11 [2] c OS).⁵

Die formale Hierarchie der Parteigremien blieb gleich, aber ihre Zusammensetzung wurde öfters geändert. Das höchste Parteiorgan ist noch immer der Bundesparteitag, bestehend aus der Bundesparteileitung und den von den Landesgruppen im Verhältnis zu ihren Mitgliederzahlen entsandten Delegierten, wobei die Landesparteitage für jede volle 100 Parteimitglieder einen Delegierten wählen (§ 19 [3] und [4] OS). Die erst 1992 eingeführte Regelung, wonach zusätzliche Delegierte im Verhältnis zu den erzielten Nationalrats- und Landtagswahlergebnissen zu entsenden sind, wurde bereits 1996 wieder abgeschafft. Der ordentliche Bundesparteitag tagt in der Regel alle zwei Jahre; ihm obliegen u. a. die Wahl des BPO, seiner (am Parteitag vom April 2005 von drei auf acht erhöhten Stellvertreter) und (seit 1996) gegebenenfalls eines geschäftsführenden BPO. Letzterer wird auf Antrag und Vorschlag des BPO gewählt, der auch ausschließlich den Aufgabenbereich des geschäftsführenden BPO festlegt (§ 15 [7] OS). Der Bundesparteitag wählt die Mitglieder des Bundesgerichtes, die übrigen Mitglieder des Bundesparteivorstandes und der Bundesparteileitung, sowie den Rechnungsprüfer. Ferner ist er zuständig für die Verabschiedung des Parteiprogramms und etwaiger „Rahmenverträge“ (siehe oben), für die Beschlussfassung über Anträge der Bundesparteileitung oder der Delegierten, sowie für allfällige Änderungen des OS (§ 11 OS). Zweithöchste Instanz ist die Bundesparteileitung. Ihr gehören etwaige FPÖ-Regierungsmitglieder auf Bundes- und Landesebene, alle Nationalrats-, Bundesrats- und (seit 1995) Landtagsabgeordnete sowie die freiheitlichen Mitglieder des Europäischen Parlaments an (§ 12 [1] c & d OS). Hinzu kommen die Mitglieder des Bundesparteivorstandes und ein Landesgruppenvertreter pro volle 1.000 Parteimitglieder der Landesgruppe (§ 12 [1] b OS). Die Bundesparteileitung tagt in der Regel vierteljährlich und wird vom § 13 des OS mit zum Teil recht wichtigen Angelegenheiten betraut, inklusive der finanziellen und personellen Aufsicht innerhalb der Partei, der Durchführung der Bundestagsbeschlüsse sowie der Beschlussfassung (mit Zweidrittelmehrheit) über Änderungen der GO.

Bis April 2005 wurde der Bundesparteivorstand (BPV) zusammengesetzt aus den Mitgliedern des Präsidiums, vier vom Bundesparteitag gewählten Mitgliedern, sowie (seit 1992) den Obmännern der Landtagsklubs (§ 14 [1] OS). In Anbetracht der kurz zuvor stattgefundenen Abspaltung des BZÖ wurde der BPV stark erweitert, um möglichst viele Teile der Partei in die Gremien einzubinden. Sitz und Stimme im BPV haben nun erstmals die Klubobmänner (bzw. jeweils ein Vertreter) der FPÖ-Fraktionen im Bundesrat und im Europaparlament, sowie die Obleute der neun Bundesvorfeldorganisationen, der Freiheitlichen Akademie und auch der Südtiroler Freiheitlichen. Dem BPV obliegen alle nicht formal einem anderen Parteiorgan zugewiesenen Aufgaben. Er ist ferner dazu bemächtigt, in dringenden Fällen Funktionen der Parteileitung auszuüben, wenn auch unter der Bedingung, eine nachträgliche Billigung derselben einholen zu müssen.

Formal bestand das 1976 eingeführte Präsidium zunächst bloß aus dem BPO, seinen (damals acht) Stellvertretern und dem Klubobmann. Im Jahre 1992 wurde die De-facto-Mitgliedschaft des Generalsekretärs formalisiert und es kamen hinzu die (geschäftsführenden) Landesparteobmänner (LPO). Die 1992 eingeführte Regelung, wonach dem Präsidium mindestens eine Frau anzugehören habe, wurde 1995 wieder gestrichen. Am bereits erwähnten a.o. Parteitag vom Juli 1998 wurde das Präsidium um das FPÖ-Mitglied des Nationalratspräsidiums, den neu eingeführten geschäftsführenden BPO, den Bundesfinanzreferenten sowie den Bundesgeschäftsführer erweitert, wobei die zwei letztgenannten Funktionsträger zuvor *de facto* ohnehin regelmäßig beigezogen worden waren.⁶ Schließlich wurde im Mai 2000 bestimmt, dass auch etwaige freiheitliche Landeshauptmänner (sprich der an jenem Bundesparteitag als BPO zurückgetretene Haider) im Präsidium Sitz und Stimme haben. Gemäß § 14 des OS tagt das Präsidium zur Besorgung der laufenden Parteigeschäfte und es können ihm vom Vorstand auch Teile von dessen statuarischen Aufgaben übertragen werden.

Außer Rechnungsprüfern, einem Bundesgericht, und (seit 1998) einem Bürgeranwalt, der die Partei gegenüber jenen Parteimitgliedern zu vertreten hat, denen eine Verletzung des „Rahmenvertrages“ vorgeworfen wird, nennt das OS auf Bundesebene weiter nur den Bundesparteiobermann als Parteiorgan. Ihm (bzw. dem gf. BPO) wird nicht nur der Vorsitz in den erwähnten Gremien, sondern auch die externe Vertretung der Partei und die interne Weisungsbefugnis gegenüber allen seinen Mitgliedern, Funktionären und Angestellten zugesprochen. Gemäß des OS fiel dem BPO bis 1995 das Vorschlagsrecht eines oder mehrerer Generalsekretäre gegenüber der Bundesparteileitung sowie – im Einvernehmen mit dem Bundesparteivorstand – die Bestellung des Bundesgeschäftsführers zu (§ 15 [4] OS). Im Zuge der Abschaffung der Generalsekretäre (siehe auch § 13-15, sowie 23 OS) wurde der ganze damalige § 15 Abs. 4 gestrichen, wodurch die Bestellung des Bundesgeschäftsführers seither weder im OS noch in der GO geregelt ist, in der Praxis jedoch noch immer dem BPO obliegt. Die Bestellung etwaiger Generalsekretäre ist statuarisch seit 1998 zwar wieder erwähnt, jedoch nur insofern, als festgelegt wird, dass sie der Bundesparteileitung auf Vorschlag des BPO obliegt (§ 13 [1] h OS). Im Jahre 1998 wurde dem BPO die Letztentscheidung bei der Aufstellung der Kandidatenlisten für Nationalrats- und Europawahlen zuerkannt. Ferner sind die LPO nunmehr erstmals verpflichtet, mit dem BPO bezüglich der Kandidatenlisten ihrer Landtagswahlen das „Einvernehmen herzustellen“ (§ 15 [4] OS). Diese statuarische Zentralisierung der Kandidatenauswahl war umso dramatischer, wenn man bedenkt, dass an demselben Parteitag auch die erst 1955 eingeführten Wahlkonvente abgeschafft worden waren. Dem Parteiobermann kommen auch nicht zuletzt aufgrund seiner "Aufsicht über die gesamte Parteitätigkeit" weitreichende Kompetenzen zu, wenn auch die Satzungen gleichermaßen bestimmen, dass manche der von ihm wegen Gefahr im Verzug gesetzte Maßnahmen "der unverzüglich einzuholenden Bestätigung durch die Bundesparteileitung bzw. den Bundesparteivorstand bedürfen" (§ 15 [3] OS).

Die Struktur der neun Landesgruppen ist größtenteils vom OS abgeleitet und ihre Unterteilung erfolgt nach gemeinsamen Prinzipien. Ortsgruppengrenzen bestimmt die Landesleitung je nach örtlicher Mitgliederdichte, weshalb Ortsgruppen entweder einzelne oder mehrere Gemeinden umfassen können (siehe unten 2.3 und Tabelle 3). Da die FPÖ-Landesgruppen formal der Bundespartei gegenüber weisungsgebundene Untergliederungen sind (§ 18 [3] OS), hat der Übergang einzelner Landesgruppen zum BZÖ (siehe 2.3 unten) viele offenen rechtlichen Fragen hinterlassen, u.a. bezüglich Vermögen- und Schulden. Die endgültige Klärung solcher Fragen steht noch aus, dürfte in den meisten Fällen jedoch eher zugunsten der FPÖ ausgehen, was die Position des BZÖ schwächen würde.

Gemäß seines am „Gründungskonvent“ vom 17.4.2005 verabschiedeten, bisher jedoch unerprobten OS, gliedert sich das BZÖ formal in die Bundesorganisation und neun Landes- und 43 Wahlkreisorganisationen (§ 1 [1]). Höchstes Organ ist der Bundeskonvent (BK), der lediglich alle vier Jahre (sowie als a.o. BK jedenfalls drei Monaten vor einer Nationalratswahl) einzuberufen ist (§ 7 [3 & 4]). Die neun Landesorganisationen wählen einen „Bündnis-Delegierten“ für jede 50 und die Wahlkreisorganisationen einen pro 10 Mitglieder („Bündnis-Partner“) (§ 5 [2 & 3]). Am Bundeskonvent wird u.a. der Bündnisobmann (bzw. die –obfrau) gewählt, das „Bündnisprogramm“ beschlossen, über Anträge abgestimmt, etwaige Änderungen des OS verabschiedet und die Mitgliederzahl des in etwa einem Parteivorstand entsprechenden „Bündnisteam“ (BT) festgelegt (§ 7 [7]). Jeder Landesorganisation steht mindestens ein BT-Mitglied zu, der BK kann jedoch die Mitgliederanzahl der einzelnen Landesorganisationen erhöhen. Außer dem Bündnisobmann gehören dem BT der Bündnissprecher, -koordinator und – wenn vorhanden – der geschäftsführende Bündnisobmann, sowie der Klubobmann und etwaige BZÖ-Mitglieder der Bundesregierung an (§ 8 [1]). Nicht zuletzt aufgrund seiner Vermeidung des Parteienbegriffes zugunsten jenes des Bündnisses sowie des Fehlens einer klassischen Parteiorganisation, ähnelt das BZÖ-Statut jenes der (zwar gescheiterten) Bürgerbewegung des „Bündnis 98“ der FPÖ (siehe oben und Anmerkung 2).

Als „intern kreierte“ Partei (Duverger 1954) ist das BZÖ erwartungsgemäß stark zentral strukturiert. Erstens kann der Bündnisobmann vom BK nur „aus den Mitgliedern des Bündnisteam“ gewählt werden (§ 9 [2]). Zweitens obliegen dem BT „alle Aufgaben des Bündnisses, sofern diese nicht aufgrund von Beschlüssen oder Statuten einem anderen Bündnisorgan zugewiesen sind (§ 8 [3]), inklusive Aufnahme und Ausschluss der Bündnis-Partner (§ 4 [2 & 3]). Schließlich wird ausdrücklich bestimmt, das Statut sei „so auszulegen und anzuwenden, dass die größtmögliche Handlungsfreiheit der Bündnisorgane gewährleistet ist“ (§ 15 [1]).

2.2. Die Organisationswirklichkeit⁷

Während der bloß fünf Jahre der Phase Regierungsverantwortung hat sich die Organisationswirklichkeit der FPÖ grundlegend verändert, und zwar vor allem dahingehend, dass die einst dominante Position Haiders geschwächt wurde und die innerparteilichen Spannungen zwischen der „*party in public office*“ und der „*party on the ground*“ enorm angewachsen sind. Die innerparteiliche Organisationswirklichkeitentsprach immer mehr nicht einmal einer Stratarchie, geschweige denn einer Hierarchie, sondern eher einer „*loosely coupled anarchy*“, womit die Weichen zur Abspaltung des BZÖ gestellt wurden.

Bevor diese jüngste Phase näher erörtert wird, sollen einige Hauptmerkmale der Phase des populistischen Protests geschildert werden: Erstens haben die vielen während dieser Phase eingeführten Änderungen des formalen Aufbaus der Partei u. a. dazu geführt, dass vielen Parteimitgliedern (darunter auch einigen Spitzenfunktionären) die Strukturen, die genauen Rollen der Funktionäre und Mitglieder der Gremien nicht geläufig waren, wodurch viele Funktionäre und die Mandatare verunsichert bzw. gefügiger wurden. Dies mag vielleicht auch erklären, wieso die Bundesparteileitung bereits in November 1996 – zwanzig Monate vor der Wiedereinführung ihrer statuarischen Ermächtigung dazu – auf Vorschlag des BPO einen Generalsekretär bestellte.

Zweitens änderte sich die Zusammensetzung der höchsten Gremien dahingehend, dass die Präsenz von Ex-officio-Mitgliedern stärker, der Anteil der direkt gewählten Mitglieder dagegen schwächer, wurde. So wurde z.B. die vom Bundesparteitag gewählten BPO-Stv., die von Amts wegen im Präsidium sitzen, zahlenmäßig reduziert, oder es kamen Personen zum Zuge, die dort ohnehin Sitz und Stimme hatten. Als am Bundesparteitag 1999 wieder fünf

BPO-Stv gewählt wurden, war die Aufstellung dieser (ausschließlich weiblichen) Kandidaten vor allem aus wahlpolitischen Erwägungen erfolgt, und nicht etwa als Stärkung der Vertretung der Parteibasis zu bewerten. Drittens tendierte Haider dazu, die Gremien oft durch öffentliche und mitunter spontane Ankündigungen zu präjudizieren, statt die Politik zuerst mit ihnen auszuhandeln und erst dann publik zu machen, was sich in der oft zitierten (wenn auch überspitzten) ironischen Bemerkung widerspiegelte: "Es gilt das zuletzt gesprochene Wort des BPO". Dazu kam viertens, dass während der 90er Jahre eine Verschiebung des machtpolitischen Gewichtes zwischen den verschiedenen Gremien stattfand. Zunächst bedeutete dies eine Abwertung des Vorstandes zugunsten des Präsidiums, wo sich der BPO zumeist der Unterstützung "seiner" Klubobmänner und Generalsekretäre, sowie jener (geschäftsführenden) LPO, die er "platziert" hatte, sicher sein konnte. Ab der zweiten Hälfte der 90er Jahre wurden aber dann die Sitzungen des Präsidiums immer spärlicher,⁸ und die wichtigsten (Vor-)Entscheidungen öfter in einem regelmäßig tagenden informellen Kreis gefällt, zu dem Haider, die geschäftsführende BPO Riess-Passer, der Generalsekretär, der Bundesgeschäftsführer und der Klubobmann gehörten. Fünftens neigte Haider dazu, nicht nur die Gremien, sondern auch andere Parteistrukturen und Persönlichkeiten (die *potential counter elite* [Panebianco 1988]) dadurch zu umgehen, dass er über (außerordentliche) Parteitage direkt mit "seiner" loyalen Parteibasis kommunizierte.

Dass es Haider möglich war, die Partei so effektiv zu beherrschen, beruhte auf verschiedenen Faktoren. Der wahrscheinlich wichtigste war, dass die Partei unter ihm die bei weitem besten – und sich auch stets steigernden – Wahlergebnisse ihrer Geschichte erlebte. Diese Erfolge brachten der Partei natürlich auch einen enormen Zuwachs an "*selective benefits*" wie Mandaten und sonstigen Ressourcen, bei deren Verteilung der BPO ein immer gewichtigeres Wort zu reden hatte, auch statuarisch (siehe 2.1 oben). Er benützte diese Möglichkeit, um seine innerparteiliche Position auszubauen. Haider konnte nicht nur die Reihung von Kandidaten bestimmen, sondern entfernte auch sehr konsequent viele seiner Gegner und brachte über die Köpfe langgedienter Funktionäre hinweg zahlreiche „Quereinsteiger“ in wichtige Positionen, etwa als Generalsekretär, Bundes- bzw. Landesgeschäftsführer, oder sogar als LPO. Dies hatte u. a. zur Folge, dass die Loyalität vieler solcher Parteineulinge sich eher an der Person des BPO, als an der Partei selbst orientierte. Kurzum, Haider war der erste BPO, der aufgrund seiner politischen Stärke seine statuarischen Kompetenzen nicht nur voll ausschöpfen, sondern sowohl formal als auch de facto weiter ausbauen konnte. Während um ihn herum die politischen Rollen und Persönlichkeiten immer wieder ausgetauscht wurden (vor allem von ihm selbst), war er als nun langgedienter BPO innerhalb der Partei weitgehend unanfechtbar. Damit betrachteten ihn mit Recht die außerhalb der Partei stehenden politischen Akteure als den in der FPÖ maßgeblichen Gesprächspartner schlechthin.

Spätestens zwei Jahre nach Regierungseintritt war die Partei jedoch intern zerrissen und wirkte daher auch extern keineswegs als geschlossene Einheit. Dies war größtenteils das Ergebnis der mangelhaften Reaktion auf die vorhersehbaren, für eine jahrelang ausgesprochen populistisch agierende Protestpartei erwartungsgemäß gewaltigen parteistategischen Herausforderungen des Überganges in die Regierungsverantwortung. Damit ist wieder verdeutlicht worden, dass die Organisationswirklichkeit nur bedingt von den Statuten abzuleiten ist, sondern stark von den politischen Rahmenbedingungen abhängt.⁹ Zu den innerparteilichen Folgen der Übernahme der Regierungsverantwortung gehören vor allem die Entfremdung einer beträchtlichen Anzahl der lokalen Parteifunktionäre, die sich an die lautstarke Protestpolitik der vorhergehenden Phase gewöhnt hatten, die immer klarer werdende inhaltliche Inkonsistenz der Politikpositionen der Partei (siehe 3 unten), sowie die beschränkte Fähigkeit des Parteiapparates (siehe 2.3 unten), die Regierungslinie innerparteiliche zu "verkaufen". Ferner kamen hinzu die innerparteilichen Auswirkungen der

sich häufenden Wahlniederlagen. Aufgrund der damit schrumpfenden *selective benefits* haben sich die Auseinandersetzungen um die noch einigermaßen sicheren Listenplätze verschärft. In dieser Phase traten auch die regionalen Spannungen in der Partei, welche zwar immer präsent, jedoch (durch die Erfolge und der damit verbundenen starken Position des BPO) während der Phase des populistischen Protests weitgehend überbrückt worden waren, immer stärker hervor. Immer offenkundiger wurden auch die inhaltlichen und strategischen Meinungsverschiedenheiten innerhalb der FPÖ (siehe 3 unten).

Diese Entwicklungen brachten eine enorme Schwächung der Parteiführung mit sich, deren Geschlossenheit ohnehin dadurch beeinträchtigt worden war, dass Haider als (noch) BPO zwar im Koalitionsausschuss, jedoch nicht in der Regierung saß. Am 1.5.2000 trat er (möglicherweise als Reaktion auf die „Sanktionen“ der „EU-14“) zwar zugunsten von Vizekanzlerin Riess-Passer von der Obmannschaft zurück, wurde dann aber bald zum lautstärksten innerparteilichen Kritiker der FPÖ-Regierungslinie und schürte damit die innerparteilichen Spannungen, die er zuvor selbst zurückgedrängt hatte. Die daraus resultierende Zuspitzung innerparteilicher Konflikte führte im September 2002 zum Delegiertentreffen von Knittelfeld und den Rücktritt des Kernes der Parteiführung. Die Entwicklungen um Knittelfeld sind von Teilen der Partei auch dahingehend gedeutet worden, dass sich die vor allem mit der Regierungsarbeit beschäftigte Parteiführung von der Partei abgehoben, und immer mehr den Druck des Regierungspartners gebeugt hätte, womit Kernanliegen der Partei (Schlagwort: Steuerreform) aufgegeben (oder zumindest vernachlässigt) worden seien.¹⁰ Wie dem auch sein mag, die Auswirkungen auf die Organisationswirklichkeit der Partei waren dramatisch.

Erstens wurden die allerhöchsten Parteipositionen ständig rotiert; in der Zeit zwischen ihrem Regierungseintritt und der Gründung des BZÖ hatte die FPÖ fünf BPO,¹¹ dazu mehrere Generalsekretäre und Bundesgeschäftsführer. Zweitens war die dadurch innerparteilich gelähmte Parteiführung keineswegs in der Lage, so entschieden durchzugreifen, wie es während der Phase des populistischen Protests der damalige BPO des öfteren tun konnte (z. B. gegenüber der Salzburger Landesgruppe, als kurzweilig alle Landesfunktionäre der Partei ihres Amtes enthoben wurden).¹² Dass der Parteivorstand gegen Ende des Jahres 2002 wiederholt darauf aufmerksam machte, es sei dem BPO eine "Generalvollmacht" zuerkannt worden, ist daher eher als Zeichen der seit Haiders Rücktritt andauernden innerparteilichen Schwäche dieses Amtes zu deuten. Das gleiche gilt für einige der spätestens seit Anfang des Jahres 2002 im Detail ausgearbeiteten Vorschläge zur Reform des OS, womit gewisse Mängel der bestehenden Statuten aufgehoben werden sollten, womit aber auch eine Straffung der innerparteilichen Hierarchie angestrebt wurde. Dass keiner dieser Vorschläge vor der BZÖ-Gründung einem Bundesparteitag vorgelegt worden war, ist vermutlich u.a. dadurch zu erklären, dass man sich keineswegs sicher sein konnte, ob es dafür angesichts der internen Auseinandersetzungen eine (politisch ausreichende) Mehrheit unter den Delegierten geben würden.¹³

Es wäre jedoch verfehlt, wenn man aufgrund der geschilderten innerparteilichen Entwicklungen zum Schluss käme, Statuten seien unwichtig. Statuarische Regeln bilden einen wichtigen Rahmen innerparteilichen Handelns, auch in kritischen Zeiten. Zweitens sind statuarische Änderung öfters nützliche Indikatoren bereits vollzogener Verschiebungen innerparteilicher Machtverhältnisse (bzw. einer Änderung der „dominant coalition“ [Panebianco 1988]). So geben z.B. die Statuten des BZÖ Hinweise auf seine Entstehungsgeschichte und das Vorhaben des Proponentenkomitees – vor allem Angehörige der „party in public office“ der FPÖ – sich einen statuarischen Rahmen zu verschaffen, welcher der zu bildenden BZÖ-Führung die Beherrschung wichtiger „zones of uncertainty“ (Panebianco 1988) ermöglichen sollte, wie etwa Mitgliederaufnahme- und -ausschluss sowie

Kandidatenrekrutierung. Drittens können Statuten unvorhergesehene Handlungsmöglichkeiten bieten, auch für innerparteiliche Herausforderer. Im Jahre 2002, zum Beispiel, konnte die Parteiführung um Riess-Passer sich gegenüber der innerparteilichen Kritik der Gruppe um Haider u.a. durch die statuarische schwache Position der letzteren zunächst behaupten. Ihr endgültiger Sturz hing jedoch eng mit der Tatsache zusammen, dass ihre parteiinternen Kritiker sich einer zuvor nie benutzten alten statuarischen Bestimmung bedienten, um das Abhalten eines a.o. Bundesparteitages anzudrohen, auf dem die Politik der Regierungsmannschaft desavouiert worden wäre.¹⁴

Die Schlussfolgerung liegt nahe, dass Haiders Unwillen, zu akzeptieren, dass er die FPÖ nicht mehr länger dominieren konnte, ihn dazu veranlasste, den bereits schwerwiegenden innerparteilichen Konflikt zu eskalieren, der vorhersehbar mit der Übernahme der Regierungsverantwortung durch die FPÖ einher gegangen war. Mit dem von ihm geförderten Knittelfeld-Prozess hat er die Geister des Protests der Parteibasis gerufen, die er dann nicht mehr länger meistern konnte. Um sie endlich loszuwerden, entschloß er sich, die FPÖ zu verlassen und die der eigenen Parteibasis entfremdete „*party in public office*“ in Form des BZÖ neu zu konstituieren.

Die Ergebnisse der vergleichenden Parteienforschung (siehe z. B. Harmel/Svåsand 1993) deuten an, dass Parteien in ihren verschiedenen Entwicklungsphasen oft unterschiedliche leadership styles benötigen. Das heißt, es kann sein, dass der während der Periode des populistischen Protests sehr erfolgreiche Personen-bezogene leadership style Haiders den Erfordernissen einer Regierungspartei nicht gewachsen und sogar abträglich war. Falls diese Hypothese stimmen sollte, wäre zu erwarten, dass Haider künftig dem Regierungsteam des BZÖ analoge Probleme bereiten könnte.

2.3. Umfang der Parteiorganisation

Gemessen an der im internationalen Vergleich außerordentlich hohen Organisationsdichte der ÖVP und SPÖ, scheint der Umfang der FPÖ-Organisation immer recht bescheiden gewesen zu sein. Insbesondere angesichts der jahrzehntenlangen zurückgehender Mitgliedschaft bei den Großparteien, ist jedoch zu betonen, dass der FPÖ-Mitgliederstand während der Phase des populistischen Protests ununterbrochen im Steigen war und im Jahre 2000 39 % höher war als im Jahre 1986 (siehe Tabelle 2). Der Zuwachs war in jenen Ländern am stärksten, in denen die Partei zuvor relativ schwach gewesen war. So konnten Tirol, Wien und Niederösterreich zwischen 1986 und 2000 Zunahmen von 147, bzw. 194 und 196 % verbuchen. Dagegen ist in einer der traditionell stärksten Landesgruppen (Steiermark) die Zahl der Mitglieder stabil geblieben, während sie in der einstigen Hochburg Kärnten (zum Teil aufgrund von Karteibereinigungen) sogar zurückgegangen ist (-28 %). Gegen Ende der Periode des populistischen Protests verfügte die Landesgruppe Oberösterreichs noch immer über den größten Anteil an den Mitgliedern (24,6 %), das Gefälle zwischen den Mitgliederständen der anderen Landesgruppen war aber verringert worden. Dies ist auch anhand eines Vergleiches der Mitgliederdichte (Anteil der Mitglieder an der Wählerschaft) der einzelnen Landesgruppen abzulesen. Im Jahre 1990 schwankte sie noch zwischen 1,9 und 8,4 %, mit Wien am untersten und Vorarlberg am obersten Ende der Skala, aber am Ende der Periode des populistischen Protests bewegte sie sich bloß zwischen 2,6 und 6,0 % (Wien bzw. Salzburg).¹⁵ Ferner deutet der Zuwachs an Ortsgruppen auf Kosten der Anzahl der Stützpunkte (die nicht mehr als 10 Mitglieder organisieren) auf eine räumliche Verdichtung (Tabelle 3), wenn auch die Partei nur in Oberösterreich und Kärnten in fast allen Gemeinden, in großen Teilen z.B. des Burgenlands und Niederösterreichs (wie es das hohe Verhältnis ihrer Stützpunkte- zu ihrer Ortsgruppenzahl andeutet) jedoch kaum präsent war. Da die FPÖ zwischen 1986 und 1999 proportional viel mehr neue Wähler als Mitglieder mobilisieren

konnte, war sie am Ende jener Periode des populistischen Protests noch viel deutlicher als zuvor als eine Wählerpartei einzustufen, fiel doch ihre Mitgliederdichte von 7,8 auf 4,1 % (Tabelle 2).

Nach dem Übergang in die Regierungsverantwortung stieg die Mitgliederzahl zunächst weiter an, wenn auch nur leicht und nicht flächendeckend. Ab 2002 wurde dieser Aufwärtstrend jedoch umgekehrt, und zwar vor allem aufgrund der Monate langen und immer schärfer werdenden innerparteilichen Auseinandersetzungen, die u.a. zum Knittelfelder Delegiertentreffen, dem Rücktritt der Führungsspitze der Partei und dem Wahldebakel vom November 2002 führten (Luther 2003b; Ender 2004). Zwischen Oktober 2000 und August 2004 verlor die Partei 11,6 % ihrer Mitglieder, wobei die Entwicklung der einzelnen Landesgruppen recht unterschiedlich verlief. Allein im Burgenland ist die Mitgliederzahl gestiegen (+15,6 %). Mit Ausnahme der Kärntner Hochburg Haiders (-3,2 %), waren die geringsten Verluste in den traditionell mitgliederschwächeren Landesgruppen (Wien, Niederösterreich und Vorarlberg bei -5,0, bzw. -5,1 und -8,9 %) aber auch in der Steiermark (-8,1 %) konzentriert. Mehr als doppelt so hoch waren die Austritte in den einstigen Kernländern Oberösterreich und Salzburg (-21,9 und -24,4 %), wo sich im Zuge der sehr harten Auseinandersetzungen um die Ereignisse von Knittelfeld auch ganze Ortsgruppen auflösten. Damit steigerte sich der Trend in Richtung einer größeren Ausgewogenheit der Mitgliederstärken der einzelnen Landesgruppen.¹⁶ Im Jahre 1986 verfügten die drei mitgliederstärksten Landesgruppen (Oberösterreich, Kärnten und Steiermark) zusammen über 63,4 % der Parteimitglieder. Wenige Monate vor der BZÖ-Gründung hatten die drei größten (nunmehr Oberösterreich, Niederösterreich und Steiermark) bloß 50,9 %. Die Bildung stabiler Koalitionen zwischen den Landesgruppen – traditionell ein wichtiger Aspekt der innerparteilichen Willensbildung der FPÖ – war damit schwieriger geworden, nicht zuletzt deswegen, weil die Delegiertenzahlen, die den Landesgruppen am Bundesparteitag zustehen, von ihren jeweiligen Mitgliederzahlen abhängen (siehe 2.1 oben).

Viel bedrohlicher für den territorialen Zusammenhalt der FPÖ ist jedoch die BZÖ-Gründung. Die folgende Schilderung der Situation der Landesorganisationen nach achtwöchigem Bestehen des BZÖ kann nur eine provisorische Momentaufnahme bieten. Die überwiegende Mehrheit der Landesorganisation Kärnten (zuvor 12 % der FPÖ-Gesamtmitgliedschaft) ist zum BZÖ übergelaufen, aber die Landesgruppen Niederösterreich, Salzburg und Burgenland (15,8 und 3 %) sind mehrheitlich bei der seit dem 23.4. vom Wiener LPO Heinz-Christian Strache geführten FPÖ geblieben. Das gleiche gilt für die Steiermark und Wien (14, bzw. 11 %), wenn auch es hier signifikante BZÖ-Gruppierungen gibt. Die Landesgruppen Vorarlberg (6 %) und Oberösterreich (22 %) haben sich mittels neuer Statuten für unabhängig erklärt. Strache möchte beide Gruppen (und insbesondere die mitgliederdichte oberösterreichische) jedoch wieder voll in die FPÖ integrieren, wohlwissend, dass dies die politische Überlebenschancen des BZÖ stark beeinträchtigen könnte. Der Ausgang seiner Bemühungen ist jedoch noch genauso wenig absehbar wie die Möglichkeiten des BZÖ, überall lebensfähige Landesgruppen zu etablieren.

Demographische Informationen zur BZÖ-Mitgliedschaft, die gegenwärtig nur ein paar Tausend betragen dürfte, liegen noch nicht vor. Zur FPÖ sind erst seit den 90er Jahren verlässliche – wenn auch lückenhafte – Daten vorhanden.¹⁷ Aus ihnen geht u.a. hervor, dass die FPÖ-Mitglieder überwiegend männlich sind; Frauen machten z.B. im Jahre 2000 insgesamt nur 25 % der Mitglieder aus, wobei sich der niedrigste Frauenanteil im Burgenland, der höchste im großstädtischen Wien befand (30 bzw. 33,9 %). Zweitens scheinen die Daten zur Alterstruktur des Jahres 1992 die These einer Verjüngung der Mitgliedschaft zu bestätigen. Es war nämlich 1992 der Anteil der unter 30jährigen am größten in jenen Ländern, wie etwa im Burgenland (27 %) und in Tirol (22 %), wo die Mitgliederzahlen am stärksten

angestiegen waren. Die Daten für 1994 deuten auf eine Milderung der Altersunterschiede zwischen den verschiedenen Landesgruppen hin. Unter der Rubrik der bis 30jährigen lag der Durchschnittswert bei 13 %, mit Salzburg (6 %) und Kärnten und Vorarlberg (beide 11 %) am unteren, Niederösterreich und Tirol (17 % und 16 %) am oberen Ende der Skala. Die über 60jährigen machten insgesamt 25 %, in Salzburg und Kärnten sogar 32 bzw. 30 %, in Niederösterreich und Tirol jedoch nur 20 % der Mitglieder aus. Die Daten für 2000 lassen vermuten, dass die Phase der starken Mitgliederrekrutierung unter jungen Bürgern vorbei war, da in diesem Jahr die bis 30jährigen insgesamt nunmehr 11 % ausmachen, während der Anteil der über 60jährigen konstant geblieben ist (24 %).

Drittens sind anhand der Daten einige – wenn auch mit Vorsicht zu genießende – Aussagen zur Berufsstruktur der Mitgliedschaft möglich. Zunächst ist klar, dass sie in der Periode des populistischen Protests weit entfernt von jener war, die man der Partei während der 60er bis 80er Jahre immer nachgesagt hatte (aber nie mit Daten belegen konnte), nämlich, dass sie überdurchschnittlich aus Beamten, Freiberuflern und Selbstständigen bestand. Die 1992 leider nur für die Landesgruppen Kärnten, Salzburg, Vorarlberg und Wien vorhandenen Zahlen zur Berufsstruktur zeigen, dass z.B. Selbständige durchschnittlich insgesamt 12 % der Mitglieder stellten, während die Arbeiter- und Angestelltenanteile in Kärnten bei 22 und 17, in Vorarlberg jedoch bei 30 und 40 % lagen, und jene der Bauern 15 und 3 % betragen. Im Oktober 2000 machten Arbeiter rund ein Sechstel, Selbständige und Bauern Beide jeweils 11 % und Studierende weniger als 2 % der Parteimitgliedschaft aus. Wie sich die vielen seit 2002 unternommenen Parteiaustritte auf die demographische Struktur der Partei ausgewirkt haben ist eine interessante, jedoch bisher ungeklärte Frage.

Im Vergleich zur SPÖ und ÖVP hat die FPÖ schon immer über einen bescheidenen Apparat verfügt. Unter Einrechnung von Teilzeitbeschäftigten dürfte der Angestelltenbestand 1986 bei höchstens 130 bis 140 vollen Dienstposten (Reiter 1982, 20), 1990 bei ca. 150 gelegen sein. Während der Phase des populistischen Protests stieg die Zahl weiter an, vor allem wegen der durch die beachtlichen Wahlerfolge der Partei vermehrt zugeflossenen Parteiförderungen. Die Angestellten waren in verschiedenen Teilen des Apparates tätig. In Kärnten und Oberösterreich gab es Parteiangestellte auf Bezirksebene, aber die meisten Bediensteten waren in den Geschäftsstellen auf Landes- und Bundesebene tätig, sowie in den Klubs der Landtage und des Nationalrates, wo die Partei wegen ihres stark erhöhten Mandatsstandes nun Zugang zu einer beträchtlich angewachsenen Zahl öffentlich finanzierter Posten hatte. Dazu kamen die Angestellten der Vorfeldorganisationen, sowie der offiziellen Parteizeitung (die *Neue Freie Zeitung*) und landesgruppeneigener Parteizeitungen wie etwa der Kärntner Nachrichten. Parteiangestellte arbeiteten auch in der Freiheitlichen Akademie, die einerseits für die Schulung von Parteikadern, andererseits für die Herausgabe verschiedener Veröffentlichungen zuständig war und mit ihrer Abteilung "Wissenschaft und Forschung" die Funktionen eines "Think Tank" ausüben sollte. Schließlich müssen die verschiedenen "Referate" der Partei erwähnt werden, die eine wichtige Rolle für die Ausarbeitung und Verbreitung von Politikinhalt spielten und versuchten, außerparteiliche Gruppen durch diverse Arbeitsgruppen für das Parteivorfeld zu gewinnen. Dies wurde durch Personalunion zwischen einigen Referenten und Vorfeldorganisationen der Partei begünstigt.

In Hinblick auf den Apparat der Bundespartei war die Periode des populistischen Protests durch eine weitgehende Professionalisierung gekennzeichnet. Es wurden die neusten elektronischen Kommunikationsmittel eingeführt, wodurch die internen und externen Kommunikationswege beschleunigt und der parteiinterne Informationsfluss wesentlich verbessert wurde. Etwa ab der Mitte der 90er Jahre war ein Trend zu beobachtenden, wonach Aktivitäten in die Privatwirtschaft ausgelagert wurden, zum Teil an professionelle Politikexperten, was in einigen Bereichen des Parteiapparates sogar einen Rückgang des

Angestelltenbestandes bedeutet haben durfte (Interviews). Aufgrund dieser und ähnlicher Änderungen auf Ebene der Parteizentrale liegt die Schlussfolgerung nahe, dass sich die FPÖ während der Periode des populistischen Protests weitgehend in Richtung des Idealtypus der *electoral-professional party* (Panebianco 1988, 21–32) bewegte.

Vereinfacht dargestellt, hatte der Parteiapparat nach der Übernahme der Regierungsverantwortung zwei große Herausforderungen zu bewältigen. Die erste kann als Ergebnis der psychologischen und organisatorischen Umstellung eines betont oppositionsorientierter Apparats, der nun als Instrument einer Regierungspartei zu agieren hatte, bezeichnet werden (Luther 2001). Das erste damit verbundene Problem war, dass viele der kompetentesten Angestellten und Funktionäre sofort zur Unterstützung der freiheitlichen Regierungsmitglieder eingespannt wurden, oder sogar in die betreffenden Ministerien übersiedelten. Damit wurde die Schlagkraft des Parteiapparates beeinträchtigt. Ferner hatte der Apparat sich nun vor allem mit der Vermittlung (sprich dem „Verkaufen“) der Regierungspolitik an einen an die Oppositionsrolle gewohnten Funktionärskader zu befassen. Die zweite große Herausforderung des Apparates nach 2000 war, mit den Konsequenzen der politischen „Selbsterstörung“ (Luther 2003b) der Partei während des Jahres 2002 umzugehen. Durch sie verlor die FPÖ bei der Nationalratswahl 2002 zwei Drittel ihrer Wähler und, als Folge daraus, auch einen Großteil ihrer finanziellen und personellen Ressourcen, und zwar sowohl im Parlamentsklub, wie auch in der Parteizentrale, die in bescheidenere Räumlichkeiten umsiedeln und Personal kürzen musste.

Das Abspalten des BZÖ hat diese bereits schwierige Lage wesentlich verschlechtert. So sind der FPÖ z. B. Schlüsselpersonen wie ihr jahrelang erfolgreicher Wahlorganisator Rumpold abgeworben worden und sie hat auch die Unterstützung sowohl des nun von BZÖ-Mitgliedern beherrschten Klubs, sowie der Ministerbüros ihrer einstigen Regierungsmitglieder, verloren. Dazu kommen die noch nicht quantifizierbaren jedoch wahrscheinlich beträchtlichen finanziellen Verluste. Verlässliche Informationen zu dem noch bescheidenerem und finanziell noch schlechter ausgestattetem BZÖ-Apparat liegen noch nicht vor.

Tabelle 2: Mitgliederstand der FPÖ (1986–2004)¹

	Gesamtzahl der Mitglieder	Mitgliederdichte bei NRWahlen (%)	Mitgliederstand der Landesgruppen									
			Bgld.	Ktn.	NÖ	OÖ	Sbg.	Stmk.	Tir.	Vlbg.	Wien	
10/1986	36.683	7,8	603	7.488	2.423	9.124	4.287	6.679	1.973	2.310	1.796	
4/1988	37.958	-	702	6.262	2.780	9.595	4.298	7.037	2.099	2.386	1.873	
2/1990	40.629	5,2	802	7.342	3.540	10.048	4.450	7.328	2.538	2.578	2.003	
9/1992	41.260	-	1.015	6.904	4.660	10.765	4.035	5.325	3.443	2.713	2.400	
6/1994	43.764	4,2	1.093	7.206	5.398	11.099	4.138	5.657	3.568	2.994	2.611	
5/1996	44.541	4,2 ²	1.024	6.629	5.315	11.656	4.379	6.193	3.740	2.219	3.386	
10/2000	51.296	4,1 ³	1.113	5.416	7.165	12.497	4.830	6.870	4.871	2.801	5.279	
8/2004	44.959	9,2 ⁴	1.310	5.241 ⁵	6.797	9.758	3.601	6.313	4.374	2.551	5.014	

1 Für Angaben von 1959 bis 1985, siehe die 1. Ausgabe dieses Bandes, 252.

2 Berechnet nach der Nationalratswahl vom 17. 12. 1995.

3 Berechnet nach der Nationalratswahl vom 3.10.1999.

4 Berechnet nach der Nationalratswahl vom 24.11.2002.

5 Februar 2005.

Quellen: FPÖ-Bundesgeschäftsstelle und Landesgeschäftsstellen.

Tabelle 3: Zahl der Stützpunkte (S) und Ortsgruppen (O) der FPÖ 1984–2002

	Bgl.		Ktn.		OÖ		NÖ		Sbg.		Stmk.		Tirol		Vlbg.		Wien		Österr.	
	S	O	S	O	S	O	S	O	S	O	S	O	S	O	S	O	S	O	S	O
1984	56	18	5	157	119	40	158	259	17	128	176	129	79	48	30	29	37	23	676	831
1992	0	23	5	171	264	145	98	328	15	105	130	171	45	70	19	48	0	23	456	1.084
1996	14	80	3	167	7	146	76	328	7	112	19	211	18	97	18	53	0	23	215	1.217
2002	53	97	15	157	13	189	80	339	9	110	8	218	15	107	0	52	0	23	237	1.248

Quellen: Landesgeschäftsstellen und Bundesgeschäftsstelle.

2.4. Innerparteiliche Gruppen

Die FPÖ verfügt traditionell (Reiter 1982, 21–24) über eine im Vergleich zur SPÖ und ÖVP geringe Anzahl von auch relativ kleinen (quasi-)innerparteilichen Gruppen. Zunächst sollen hier die politisch bedeutendsten erwähnt werden, die über eine eigene Organisation verfügen und größtenteils auch *ad personam* in den wichtigsten Parteigremien vertreten sind. Dazu gehören vor allem die in den Interessenvertretungen aktiven Vorfeldorganisationen. In der Phase des populistischen Protests konnten sie ihre bisher größten Wahlerfolge bei den Wahlen zu den diversen Interessenvertretungen verbuchen, wurden aber danach jedoch wesentlich schwächer (Tabelle 1). So hat der von ca. 5.000 Mitgliedern (1990) auf ca. 6.000 (1996) angewachsene Ring Freiheitlicher Wirtschaftstreibender bei der HK-Wahl 1995 2.060 Mandate gewinnen können (gegenüber 367 im Jahr 1981). Aus der HK-Wahl vom Jahre 2000 konnte er mit noch immer 19,6 % der Stimmen und 1.860 Mandaten hervorgehen, erzielte bei jener vom März 2005 aber lediglich 9,9 % der Stimmen und 967 Mandate. Eine analoge Entwicklung ist bei der freiheitlichen Arbeitnehmerorganisationen zu verzeichnen. Im Jahre 1994 konnten die Freiheitlichen Arbeitnehmer (FA) 9,7 % der Stimmen erzielen, womit sie ihre Mandate gegenüber 1989 (63) fast verdoppelten. In der Hoffnung, auf diesem Erfolg aufzubauen zu können, wurde im Dezember 1996 mit den Vorarbeiten zur Errichtung einer gewerkschaftlichen Vorfeldorganisation der FPÖ—begonnen (die Freie Gewerkschaft Österreichs), die symbolisch am 1. Mai des Jahres 1988 ihre Gründung feierte. Die erhoffte Stärkung der FA blieb jedoch aus. Im Gegenteil, bei der AK-Wahl von 2000 kamen die FA auf bloß 4,8 % der Stimmen und 83 Mandate, bei jener vom Jahre 2004 auf sogar nur noch 41 Mandate. Im öffentlichen Dienst agieren die Freiheitlichen mittels der 1992 gegründeten Dachorganisation "Ring Freiheitlicher und Unabhängiger Arbeitnehmer", welche die FA mit der Aktionsgemeinschaft Unabhängiger und Freiheitlicher (AUF) verbindet.¹⁸ Die Freiheitlichen Erfolge im öffentlichen Dienst sind ausgesprochen unterschiedlich, zumal nur in bestimmten Bereichen kandidiert wird. Bei den Bundes-Personalvertretungswahlen vom Jahre 1994 wurden auf Anrieb insgesamt 8 % der Stimmen gewonnen, in den Bereichen Gendarmerie, Sicherheitswache und im Ministerium für Landesverteidigung (die 1992 fast Dreiviertel ihrer Gesamtmitgliedschaft darstellten) sogar zwischen einem Viertel und einem Drittel der Stimmen. Man hatte sich durch die Regierungsbeteiligung der FPÖ eine Stärkung ihrer Präsenz unter den öffentlich Bediensteten erhofft, bei den jüngsten Wahlen (vom Dezember 2004) wurden jedoch nur insgesamt 3,8 % der Stimmen, trotz der Tatsache, dass man erstmals auch in den Ministerien für Umwelt (1%) und für Soziales und Generationen (9 %) kandidiert hatte. Insgesamt gewann die AUF nur fünf Mandate (1999: 13). Dieser Rückgang ist auch in den Bereichen, in denen die Freiheitlichen zuvor vergleichsmäßig stark waren, zu verzeichnen, nämlich bei der Polizei (von 25 % und 8 Mandate auf 12 % und 3) und beim Bundesheer (von 19 % und 2 auf 13 % und 1).

Zu den sonstigen innerparteilichen Gruppen gehört der Ring Freiheitlicher Jugend (RFJ), in dem viele der künftigen Entscheidungsträger der Bundespartei ihre ersten Funktionen innegehabt haben, darunter auch Haider. Aufgrund ideologischer und personeller Konflikte löste sich im Sommer 2003 die mitglieder- und organisationsstärkste Landesgruppe Oberösterreich – und danach auch jene Tirols, Vorarlbergs und des Burgenlandes – vom RFJ-Bundesverband ab. Im Letzteren dominiert seither die teils stark deutschnational orientierte Wiener Gruppe des Bundesobmannes Gudenus junior.¹⁹ Ebenfalls ungleich verteilt sind die maximal 37.000 Mitglieder des Seniorenringes (Stand April 2000), von denen etwa die Hälfte aus Oberösterreich und Kärnten kamen. Zu den zahlreichen Gruppen, deren Beziehung zur Partei zwar zu locker sind, um sie formal als parteiintern zu bezeichnen, die dennoch der Erwähnung wert sind, zählt der bereits 1952 gegründete Ring Freiheitlicher Studenten, der in den 60er Jahren die zweitstärkste Hochschulfraktion stellte und lange Zeit sehr wichtig in der Rekrutierung späterer FPÖ-Spitzenpolitiker gewesen war. Während der Phase des populistischen Protests litt der RFS stark unter dem anti-intellektuellen Image der Partei und ging fast zugrunde. Er verfügte z.B. im Jahre 1995 nur mehr über 300–400 Mitglieder.²⁰ Die Situation des RFS hat sich seither unwesentlich verändert. Bei den Hochschülerschaftswahlen von 2003 gewann er lediglich 2,7 % der Stimmen, womit er weiterhin nur eines der 45 Mandaten im ÖH-Zentralausschuss hatte, ebenso 2005. Zu den weiteren (quasi-)innerparteilichen Gruppen der FPÖ zählen der Verband freiheitlicher Akademiker (Herausgeber der Zeitschrift *Aula*), sowie verschiedene sportliche Vereine und Traditionsverbände.

Das BZÖ hat noch keine eigenen Vorfeldorganisationen, konnte in den ersten Wochen seiner Existenz jedoch im RFW und bei den FA bedingt Fuß fassen, wenn auch vor allem dadurch, dass zur Führung dieser Interessensvertretungen Abgeordnete gehören, die zum BZÖ übergewechselt sind. Wie sich der Einfluss des BZÖ im freiheitlichen Vorfeld weiterentwickeln wird, ist ungewiss. Der RFS ist der FPÖ treu geblieben, ebenso der Rumpf-RFJ, der sogar zu den begeistertsten Befürwortern der FPÖ-Führung um Strache zählt und Haider seine RFJ-Ehrenobmannschaft aberkannt hat. Andererseits bemühen sich u.a. die abgespaltenen Landesgruppen zur Zeit um die Gründung einer BZÖ-nahen „Generation Zukunft Österreich“.

3. Ideologie – Programm – Praxis

3.1. Stellenwert der Programmatik in der politischen Praxis

Nach Reiter (1982, 30f) war die FPÖ der frühen 80er Jahre noch immer eine Weltanschauungspartei. Das soll u. a. besagen, dass sie eine gefestigte Ideologie besaß, dass die politische Motivation ihrer Anhängerschaft auf weltanschaulichen statt etwa instrumentellen Gründen beruhte und dass ideologische Vorstellungen ihr Handeln prägten. Es beeinflusst jedoch nicht nur die Ideologie einer Partei ihr Handeln, sondern ihr Handeln – bzw. der Wunsch, machtpolitisch handeln zu können – kann durchaus auch ihre Ideologie bestimmen. Hier sollen kurz einige Hauptaspekte dieser Wechselbeziehung erörtert und im nächsten Abschnitt die Entwicklung der formalen FPÖ-Programmatik näher diskutiert werden.

Innerparteilich dienen politische Ideologien u.a. der Selektion von "*policy options*", sowie der politischen Selbstidentifikation der "Gläubigen". So hat in den ersten Jahren der FPÖ ihre Ideologie die Selbsteinschätzung der Parteianhänger in folgender Form verfestigt: als dem Deutschtum verpflichtete, dem Parteienfilz widerstrebende und daher politisch marginalisierte Außenseiter Österreichs, denen es galt, u. a. den für letzteres maßgeblich verantwortlichen Proporz der Großparteien abzuschaffen. Der bereits während der Phasen der Normalisierung

und der Akzeptanz abgeschwächte Deutschnationalismus wurde während jener des populistischen Protests zugunsten eines wachsenden österreichischen Nationalismus zurückgedrängt (Frölich-Stefan 2004). Der Proporz blieb dagegen bis zum Regierungseintritt 2000 zentrale Zielscheibe der FPÖ-Ideologie. Zu den Innenwirkungen einer Ideologie zählt meistens auch die Integration der Parteianhängerschaft, was der FPÖ-Ideologie jedoch öfters nicht gelang, und zwar vor allem wegen der zentrifugalen Wechselwirkung ihrer nationalen und liberalen weltanschaulichen Richtungen, seit 2000 u.a. auch aufgrund der verständlichen, innerparteilich jedoch weitgehend kritisch wahrgenommenen, Tatsache, dass die Proporzkritik in den Hintergrund getreten ist.

Die Innen- und Außenwirkungen der FPÖ-Ideologie standen öfters in einem Spannungsverhältnis zueinander. Zu den wichtigsten Außenwirkungen politischer Ideologien gehören die Gewinnung weiterer Anhänger, die Einordnung der Partei in das politische System und die Festlegung von möglichen Koalitionen. Während der Ghettophase war die FPÖ-Ideologie sowohl für die Ausdehnung der Parteianhängerschaft als auch für die Eröffnung von Koalitionsmöglichkeiten ungeeignet. Die unter BPO Peter vorgenommene Modifizierung der Ideologie zwecks Machtbeteiligung entfremdete jedoch die der nationalen Tradition verpflichteten Anhängerschaft. Steger forcierte diesen Kurs aber weiter, in der Hoffnung, die programmatische Erneuerung würde nicht nur (extern) den Beweis der Regierungsfähigkeit erbringen, sondern (intern) auch die nationale durch eine womöglich rein liberale Anhängerschaft ersetzen. Diese Rechnung ging aber nicht auf, die dadurch ausgelösten innerparteilichen Konflikte endeten in Stegers Abwahl.

Ab 1986 wurde zunächst wieder eher die nationale Komponente betont, jedoch nur als Teilaspekt eines weitgehend auf der Person Haider's basierten populistischen Protests. Diese ideologische Umorientierung führte zur Abwendung eines großen Teils der Anhänger mit liberaler Ausrichtung und schwächte das Regierungspotential der Partei. Der Protest fand jedoch einen sehr breiten Anklang in der Wählerschaft und kam intern nicht nur bei national gesinnten Mitgliedern besser an, sondern auch bei jenen, die eher durch Parteierfolge als Ideologie motiviert waren, wodurch er letztlich eher Partei-integrierend wirkte.

Die überwiegende Mehrheit der neuen FPÖ-Wähler wurde von der Protestorientierung der Partei oder der Person des BPO, nicht aber wegen ihrer Verpflichtung gegenüber der formalen FPÖ-Ideologie angezogen. Auch viele neue Parteimitglieder dürften hauptsächlich aufgrund des Charismas Haider's – später aber eventuell auch angesichts instrumenteller Erwägungen (siehe unten 4.) – beigetreten sein. Beeindruckende Wahlerfolge und die neue Zusammensetzung der Wähler- und Mitgliedschaft ermöglichten dem BPO einen viel flexibleren Umgang mit der FPÖ-Ideologie (siehe unten 3.2 und 3.3). In der Tat, viele der während der Phase des populistischen Protests zur Partei gestoßenen, mittlerweile jedoch in einflussreiche Parteifunktionen aufgestiegene Parteifunktionäre, betrachteten ihre Rolle gleichsam als Vermittler einer freiheitlichen "*corporate identity*", statt einer bestimmten Weltanschauung (Interviews), was besonders seitens nationaler Funktionäre zum Vorwurf einer Entideologisierung führte.

Es liegt der Schluss nahe, dass der Stellenwert (bzw. die Artikulierung) der FPÖ-Ideologie seit spätestens den 60er Jahren eng verknüpft war mit dem Ziel, die geeignetste Strategie zur Erringung politischer Macht zu finden. Auch die ideologische „Promiskuität“ der Phase des populistischen Protests war immer als Mittel zur Stimmenmaximierung zu verstehen, mit der Haider sein strategisches Ziel der Regierungsbeteiligung verfolgte. Die dahinter stehende Überlegung war, es müsse die Partei so lange gnadenlose Stimmenmaximierung betreiben, bis die erzielten Wahlerfolge ausreichten, um sicherzustellen, dass die im Zuge der Regierungsbeteiligung unvermeidlichen Stimmenverluste die Partei in keine existentielle Krise (wie unter Steger) stürzen würden.²¹

Die Regierungsbeteiligung hat aber sehr wohl eine grundlegende Krise ausgelöst. Diese hat sich u.a. aus der Spannung zwischen dem wahlpolitisch erfolgreichen ideologischen Diskurs der buchstäblich verantwortungslosen Phase des populistischen Protest einerseits und den wegen der Regierungsbeteiligung nun unvermeidlichen, innerparteilich jedoch heiß umstrittenen, politischen Kompromissen andererseits ergeben. Die logische Folge war die Abspaltung des BZÖ, das sich sofort zur Regierung bekannte.

3.2. Entwicklungsphasen und Programmatik

Den rückwärtsblickenden FPÖ-Programmen der ersten Jahre beherrschten der Anti-Kommunismus, die Opposition zum Proporz und der Deutschnationalismus, womit sie die Rolle der FPÖ als Ghettopartei bestätigten. Die mit dem "Salzburger Bekenntnis" 1964 angedeutete "Normalisierungsphase" wurde 1968 im kurzen "Bad Ischler Programm" zögernd eingeleitet. Obwohl die FPÖ sich nun als zur Mitverantwortung bereit bezeichnete, konnten diese noch widerspruchsvollen Programme ihre Situation zunächst wenig ändern. Sie hatte sich z.B. zur demokratischen Republik Österreich und zum Rechtsstaat bekannt, einen Ausbau der Demokratie verlangt und die Pflichtmitgliedschaft der Kammer sowie die Parteipolitisierung der Bürokratie kritisiert, andererseits wurde ihr etwa aufgrund der Forderung nach "Erhaltung der Volksgesundheit ... durch eine Erbgesundheitspflege" weiterhin rechtsextrêmes Gedankengut vorgeworfen. Diese zwei Programme lösten jedoch eine grundlegende programmatische Erneuerung aus, die 1973 zum "Freiheitlichen Manifest zur Gesellschaftspolitik" führte, womit die FPÖ erstmals ein inhaltsreiches und aus breiter innerparteilicher Diskussion hervorgegangenes Programm besaß.

Das Gesellschaftsbild des „Manifests“, beruhend auf der Idee der Gemeinnützigkeit menschlicher "Verschiedenartigkeit", betont die gesellschaftliche Rolle des "Aktiv- Elements" (Stix 1976), dessen freie Entfaltung letzten Endes allen zugute kommen würde. Folglich befürwortet das „Manifest“ die Beendigung der "Gleichmacherei" und die Förderung einer nicht durch Parteizugehörigkeit, sondern durch Leistung bestimmten "Aufstiegsgesellschaft", in der Sozialpolitik auf die Selbstsicherheit des einzelnen abzielt und staatliche Sozialversicherung im Vergleich zu familiärer Versorgung und Selbstvorsorge nur eine subsidiäre Rolle spielt, während Leistung mittels einer weniger progressiven Besteuerung zu fördern sei. Das "Manifest" ist jedoch keineswegs von einem uneingeschränkten Individualismus, sondern eher von einem organischen Gesellschaftsbild gekennzeichnet. So wird "die mechanistische Gesellschaftsbetrachtung" als "verfälscht" abgetan und die Zugehörigkeit des Menschen zu einer von der Familie bis hin zum Volk organisch gewachsenen Gemeinschaft betont. Dem "Manifest" folgten zahlreiche detaillierte Aktionsprogramme zu den verschiedensten Politikbereichen (vgl. Reiter 1982), womit die FPÖ zur Mitte der 70er Jahre sowohl ihre Regierungsfähigkeit als auch ihre Liberalität unter Beweis gestellt zu haben meinte. Diese programmatische Entwicklung begünstigte den Übergang der FPÖ in die Phase der politischen Akzeptanz.

Ein Meilenstein der FPÖ-Programmatik war das "Salzburger Programm" des Jahres 1985. Die Grundsätze der Partei werden im ersten Teil unter Rubriken wie "Freiheit", "Menschenwürde", "Volk und Heimat", "Europa", Kultur", "Soziale Gesellschaft" und "Leistung" erläutert, und im zweiten dann auf zwölf verschiedene Themen angewandt. Gesellschaftspolitisch folgt das Programm weitgehend dem "Manifest", dessen Idee des "Aktiv-Elements" es wiedergibt. In dem vom Leistungsprinzip beherrschten wirtschaftspolitischen Teil wird nicht Hayeks "Dschungelliberalismus" (Interview), sondern eine soziale Marktwirtschaft gefordert, in der "ungezügelter Wirtschaftsfreiheit" als unannehmbar, staatliche Eingriffe zugunsten der wirtschaftlich Schwächeren und der Umwelt jedoch als akzeptabel erklärt werden. Das Programm verlangt größere Kontrolle gegenüber

der politischen Exekutive, eine Ausbreitung der direkten Demokratie, vor allem aber einen Abbau der "Bevormundung" des Bürgers und der Beherrschung des öffentlichen Lebens durch die Großparteien und ihre Interessengruppen. Zur Versöhnung der nationalen und liberalen Traditionen der FPÖ sollte erstens das Hayeksche Prinzip der Freiheit dienen, das in Bezug sowohl auf den einzelnen als auch auf die nationale Gemeinschaft gedeutet werden sollte (Interviews). Ferner ist das kontroverse Bekenntnis aller früheren Programme zur deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft durch die Formulierung einer "Zugehörigkeit zum deutschen Volks- und Kulturraum" ersetzt, und es sind die Prinzipien der Toleranz und der Geschlechtergleichheit sowie erstmals sogar eine positive Bewertung der "kulturellen Bereicherung unserer gemeinsamen Heimat" durch die zu schützenden ethnischen Minderheiten Österreichs aufgenommen worden. Im Salzburger Programm widerspiegeln sich also sowohl die liberale als auch die nationale Komponente, aber es dominiert zweifellos der Liberalismus, zu dem sich die Partei nun erstmals ausdrücklich bekannte.

Während der ersten Jahre der Phase des populistischen Protests war der Partei die formale programmatische Entwicklung unwichtig. Der Liberalismus des weiterhin geltenden Salzburger Programms wurde in der politischen Praxis durch eine emotionalisierende Rhetorik ersetzt, in der sich aber viele der traditionellen Themen der FPÖ-Ideologie widerspiegelten. Oberstes Gebot blieb die Zurückdrängung des (Parteien-)Staates, mit dem Ziel, "die liberalen Ideen der Grund- und Freiheitsrechte durch Befreiung der Bürger von den politischen Parteien zu vollenden", mittels einer "Strategie der Systemveränderung ... ohne Anpassung an gegebene Machtverhältnisse" ("Thesen zur politischen Erneuerung"). Zentral war ebenfalls das Bekenntnis zum Aktiv-Element (bzw. zu den "Tüchtigen"), während Sozialpolitik stets als "Hilfe zur Selbsthilfe" aufgefasst wurde, obwohl auch hier die Wortwahl ("Sozialschmarotzer") viel aggressiver war. Schließlich blieben durchaus liberale Bestrebungen wie etwa die Ablehnung der obligatorischen Kammermitgliedschaft und der Sozialpartnerschaft sowie die Aufwertung des Parlaments und der direkten Demokratie. Inhaltliche Änderungen waren vorwiegend in drei oft miteinander verwobenen Themen zu finden: Es waren dies die viel wichtiger gewordene Einwanderungsproblematik ("Österreich den Österreichern", "Einwanderungsstopp"), die (Ausländer-)Kriminalität ("Stärkung der Exekutive", "Abschiebung ausländischer Straftäter") sowie Minderheitenrechte, wo unterschieden wurde zwischen "gewachsenen Volksgruppen", deren kulturelle Identität, Entfaltungsmöglichkeiten und Förderung mit dem Schutz der österreichischen Heimat verbunden sei, und "Einwanderungsminderheiten", denen dieser Schutz nicht zukomme, da Österreich kein Einwanderungsland sei. Schließlich galt als eines der wichtigsten Neuerungen die allmähliche Ersetzung des deutschen durch einen österreichischen Nationalismus.

Ab Mitte der 90er Jahre bemühte sich die FPÖ wieder vermehrt um ihre programmatische Fundierung. Unter der etwas pompös wirkenden Behauptung, man würde einen „Vertrag mit Österreich“²² entwickeln, fing die FPÖ an, die bisher verstreuten programmatischen Äußerungen der letzten Jahre (u.a. jene des BPO) zu sammeln und unter Mithilfe teils parteiexterner akademischer Kräfte zu präzisieren und ergänzen.²³ In seiner Zielsetzung ähnelte dieses Unternehmen der programmatischen Arbeit der 70er Jahre, zumal auch hier die Regierungsfähigkeit bewiesen und die Inhalte einer erhofften freiheitlichen Regierungsbeteiligung vorbereitet werden sollten. Zu den Ergebnissen zählten eine verstärkte Veröffentlichungstätigkeit der Freiheitlichen Akademie,²⁴ eine Reihe detaillierter Aktionsprogramme²⁵ sowie das im Oktober 1997 verabschiedete und heute noch immer gültige „Linzer Programm“. Seine 17 Kapitel (darunter „Freiheit als höchstes Gut“, „Die Menschenwürde ist unantastbar“, „Österreich zuerst!“, „Recht auf Heimat“, „Christentum – Fundament Europas“ und „Schicksalsgemeinschaft Europa“) enthalten jeweils 3 bis 8 als „Artikel“ dargestellte Grundsatzserklärungen, die dann näher erörtert werden. Das neue

Programm ist keineswegs als grundlegende Absage an jenes aus dem Jahre 1985 zu bewerten, weist jedoch mindestens vier wichtige Neuigkeiten auf: Erstens einen stark ausgeprägten Österreichpatriotismus, der angesichts der Bedenken der deutschnational gesinnten Funktionäre jedoch u.a. durch die Aussage im Kapitel „Recht und Heimat“, es gehöre „die überwiegende Mehrheit der Österreicher der deutschen Volksgruppe“ an, relativiert wird. Neu ist zweitens das angesichts der anti-klerikalen Tradition der FPÖ verwunderliche Bekenntnis zum Christentum.²⁶ Dieses ist teils durch die persönlichen politischen Anschauungen Ewald Stadlers, der bei der Programmarbeit federführend war, zu erklären, entstammte aber auch parteistrategischem Kalkül (Interviews). Damit erhoffte man sich z.B. nicht nur einen größeren Zustrom traditioneller ÖVP-Wähler, sondern auch ein besseres Gesprächsklima mit der als möglicher Koalitionspartner eingestuften ÖVP selbst. Ferner war der Aufruf zur „Bewahrung der geistigen Grundlagen des Abendlandes“ durchaus auch als Untermauerung der auch in anderen Kapiteln thematisierten FPÖ-Ausländerpolitik zu bewerten.²⁷ Drittens wurden im Vergleich zum Salzburger Programm auch in der Europapolitik neue Akzente gesetzt, was auch nicht verwunderlich war, zumal sich die FPÖ auf ihrem „Europaparteitag“ vom 8.4.1994 auf eine kritische Haltung gegenüber der seit 1985 u.a. durch den Vertrag von Maastricht doch grundlegend geänderten EU (bzw. EG) – in der Österreich seither auch Vollmitglied geworden war – geeinigt hatte. Andererseits enthält das Programm das traditionelle FPÖ-Bekenntnis zu einem Europakonzept, das breiter ist als die EU, wenn auch erstmals nun mit der „christlich-abendländischen Wertegemeinschaft“ in Verbindung gebracht. Schließlich ist erwähnenswert die Absage an die „obsoletere“ Neutralität und die Befürwortung der NATO-Mitgliedschaft.

Die am BZÖ-Gründungskonvent verabschiedeten „Bündnispositionen“ weisen viele Gemeinsamkeiten mit der FPÖ-Programmatik vor. So werden z.B. in der Präambel die gleichen historischen Vorbilder erwähnt (vor allem die liberale Revolution von 1848) und wird der „Parteienstaat“ kritisiert; Freiheit wird zum „höchsten Gut“ erklärt; es gibt Bekenntnisse zur Heimat, zu Österreich und zu einer Gemeinschaft europäischer Staaten; die Wahrung des kulturellen Erbes wird zur Staatsaufgabe erklärt; es sollen Klein- und Mittelbetriebe gefördert und dahingehend in Richtung „Flat Tax“ gearbeitet werden, während der Sozialstaat ein soziales Netz aber keine „Hängematte“ bieten soll. Im kurzgefassten BZÖ-Programm fehlen allerdings z. B. das – für die FPÖ ohnehin relativ neue – Bekenntnis zum Christentum, sowie die Behauptung, Österreich sei kein Einwanderungsland.

3.3. Das Meinungsspektrum

Grundsatzprogramme erscheinen nur relativ selten und dienen vor allem der weltanschaulichen Selbstdarstellung. Folglich neigen Sie zur Unterspülung innerparteilicher ideologischer Gegensätze und sind öfters auch nicht zur Verdeutlichung etwaiger Widersprüche der *policy-Positionen* einer Partei geeignet. In diesem Abschnitt soll die Breite des innerparteilichen Meinungsspektrums der FPÖ mittels einer Diskussion des Stellenwertes der (deutsch-)nationalen Tradition, anhand einiger der jüngsten Widersprüche in den von der Partei vertretenen Politikgehalten, illustriert werden. Es ist noch zu früh, das innerparteiliche Meinungsspektrum des BZÖ darzustellen.

Die (wissenschaftliche) Bewertung der FPÖ wurde weitgehend von der heiß umstrittenen Suche nach ihrer "wahren" Ideologie beherrscht. Für viele (FPÖ-kritischen) Beobachter waren die Versuche der Liberalisierung der Partei bestenfalls unvermeidlich zum Scheitern verurteilt, eher jedoch eine machtpolitisch motivierte Tarnung gewesen. Für sie lag der Kern der FPÖ-Ideologie stets in der nationalen Tradition der Partei, deren nunmehrige österreich-nationale Auslegung nichts Grundlegendes an der weitgehenden Illiberalität und Rechtslastigkeit der FPÖ-Ideologie geändert habe, zumal die Phase des populistischen

Protests auch durch Ausländerfeindlichkeit und jene der Regierungsbeteiligung durch die von deutschnationalen Kreisen forcierten Ereignisse um Knittelfeld gekennzeichnet gewesen seien (z.B. Bailer-Galanda u.a. 1997). Solche Kritik hat seit jeher vor allem drei Aspekte betont. Erstens ist auf (vor allem alte) Parteiprogramme sowie auf sonstiges (quasi-)parteiinternes Schrifttum hingewiesen worden, die Äußerungen enthalten, welche von externen Beobachtern – und zum Teil auch parteiintern (Galanda 1987, 54–60) – als zumindest die NS-Zeit verharmlosend eingestuft wurden (z.B. Purtscheller 1994; Luther 1995c). Zweitens haben mehrere Studien Kontakte von FPÖ-Mitgliedern und -Funktionären zu rechtsradikalen Kreisen belegt (Mensdorf 1990; Bailer/Neugebauer 1994). Drittens sind zahlreiche mündliche "Entgleisungen" freiheitlicher Mitglieder und Funktionäre dokumentiert worden, inklusive solche von Haider (Luther 1995c, 151–153; Zöchling 1999), dem u.a. sprachwissenschaftliche Studien (Gruber 1988; Januschek 1992) vorgeworfen haben, er würde die FPÖ (evtl. absichtlich) ungenügend, oder zumindest nicht überzeugend, von deutschnationalen und rechtsradikalen Ideen abgrenzen (Fischer/Gstettner 1990; Tributsch 1994; Bailer 1995; Scharsach/Kuch 2000). Die jüngsten Beispiele (im April, bzw. im Mai 2005) stammen von dem (nun „freiwillig“ aus der FPÖ ausgetretenen) Wiener Bundesrat Gudenus, sowie vom Kärntner BZÖ-Bundesrat Kampl.

Die eben angeführte Literatur liefert ein belastendes Bild der FPÖ, das zweifelsohne auch zur Bereitschaft der 14 anderen EU-Staaten, die „Sanktionen“ auszurufen, beigetragen hat (Bärenreuter u.a. 2004; Karlhofer u.a. 2001; Merlingen u.a. 2001). Dieses Bild bedarf jedoch einer gewissen Modifikation. Erstens enthalten freiheitliche Druckschriften auch Aussagen, die z.B. antisemitisches und die Naziherrschaft verschönendes Gedankengut ausdrücklich verwerfen (Luther 1995c). Zweitens wäre es verfehlt, die nationale Tradition schlechthin mit solchen unrühmlichen Ideen gleichzusetzen. Schließlich ist zu bezweifeln, ob in den jüngeren Phasen der Parteientwicklung der realpolitische Stellenwert (deutsch-)nationaler Ideen für die FPÖ so hoch war, wie manche andeuten. Damit soll nicht etwa eine Dominanz liberalen Gedankenguts behauptet werden, sondern eher die zentrale Rolle des Protests, der nämlich nicht nur seit jeher eine Brücke zwischen den liberalen und nationalen Traditionen gebildet hat, sondern während der Phase des populistischen Protest einen immer größeren Anteil der FPÖ-Wähler motiviert haben dürfte (Plasser/Ullram 1995, 489–493; Müller 2002). Andererseits ist nicht auszuschließen, dass die (deutsch-nationale) Tradition parteiintern wieder stärker wird, zumal der nunmehrige Verlust der meisten der während der Phase des populistischen Protests dazu gewonnenen Mandate einen Rückgang des Anteils der Karriere-orientierten Mitglieder und Funktionäre mit sich gebracht hat. Dieser Trend ist nun durch die BZÖ-Abspaltung bekräftigt worden.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass abgesehen von der offiziellen FPÖ-Programmatik in den letzten Jahren kaum von einer einzigen gefestigten Ideologie die Rede sein kann (vgl. oben 3.1), denn das Meinungsspektrum der Partei war relativ breit. Es reichte von liberalen bis hin zu (nunmehr sogar klerikal-) konservativen bzw. an den Rechtsradikalismus grenzenden Ideen und umfasste unzählige Formen und Mischungen der nationalen und liberalen FPÖ-Traditionen, wovon aber nur wenige in intellektuell anspruchsvoller und integrierter Form vorliegen. Während der Phase des populistischen Protests wurde diese ideologische Bandbreite zunächst mittels der wahlpolitisch sehr erfolgreichen Strategie der Stimmenmaximierung überbrückt, die mit einer ideologischen Promiskuität verbunden war, welche von einigen Funktionären als Entideologisierung betrachtet wurde (siehe 3.1 oben). Ferner ist zu betonen, dass die Vielzahl an Aktionsprogrammen und öffentlichen Erklärungen zu den *policies* der Partei dazu führte, dass sie öfters einander und/oder dem Linzer Parteiprogramm widersprachen, zum Teil sogar politisch völlig unrealisierbar waren. Die Widersprüchlichkeiten waren vielleicht im

Spannungsfeld der teils stark marktorientierten Wirtschaftspolitik einerseits und der angeblich die Interessen des „kleinen Mannes“ betonenden Sozialpolitik andererseits am deutlichsten. Aber auch in der Steuerpolitik gab es grundlegende Unstimmigkeiten. So wurde z.B. sowohl eine starke Entlastung der niedrigeren und mittleren Einkommen verlangt, als auch das Modell einer „Flat-Tax“ verfochten, wonach es einen einheitlichen Steuersatz geben sollte, der natürlich alles andere als eine progressive Besteuerung bedeuten würde. Die angepeilte Steuerreform sollte zwar ein ausgeglichenes Budget als Ziel haben, dies sei jedoch ohne zusätzlichen Belastungen für den „kleinen Mann“ zu erreichen. Zu den politisch unrealisierbaren Forderungen gehören die zur Blockierung des EU-Beitritts Tschechiens durch die österreichische Regierung, falls zuvor das Kraftwerk Temelin nicht geschlossen und die Benesch-Dekrete nicht abgeschafft worden seien.

Während der Phase des populistischen Protests waren solche Unvereinbarkeiten und Unrealisierbarkeiten nicht ausschlaggebend, da sie der Stimmenmaximierung kaum abträglich waren. Ab dem Jahre 2000 stellten sie jedoch eine teils schwere Hypothek dar, welche den Übergang in die Regierungsverantwortung erschwerte. Hinzu kam erstens, dass „natürlich in der Opposition über Jahrzehnte ... die Funktionäre gewöhnt waren, immer 100 % Positionen zu vertreten“, und sich während dieser Zeit auch kaum Gedanken machen mussten zwischen „Wunschscenario und Machbarkeit“ zu unterscheiden (Interview 2004). Zweitens ist ein wesentlicher Aspekt der tief verankerten Protestorientierung der FPÖ eine starke Abneigung gegen den Proporz und die (vermeintlichen) Privilegien der regierenden Klasse, was nach der freiheitlichen Regierungsbeteiligung die Beziehungen zwischen den Funktionären und ihrer Regierungsmannschaft weiter belastete. Die dramatischen Auseinandersetzungen des Jahres 2002, sowie die Abspaltung des BZÖ zum Teil durch die sich aus der Breite des innerparteilichen Meinungsspektrums ergebenden Konflikte – insbesondere der Spannungen zwischen einer bedingungslosen Protestorientierung und der Bereitschaft, Kompromisse einzugehen – zu erklären.

Mit der BZÖ-Gründung haben sich das Regierungsteam und der Parlamentsklub der FPÖ von der Protest-orientierten Basis abgekoppelt. Da das BZÖ auch relativ undifferenziert das FPÖ-Programm übernommen zu haben scheint, könnte aufgrund der oben erwähnten Widersprüchlichkeiten Letzteres aber verhängnisvoll werden. So hat das BZÖ z.B. bereits den „Räuber-Kapitalismus der Globalisierung“ angegriffen, gleichzeitig aber die „Flat Tax“ gelobt und es sind die Förderung sowohl des „Klein- und Mittelstandes“, als auch des „kleinen Mannes“ befürwortet worden.

4. Mandate und Regierungsbeteiligung

Während der Phase des populistischen Protests stieg die Anzahl freiheitlicher Mandate auf allen Ebenen des politischen Systems stark an. Die Partei war erstmals im Bundesrat und in allen Landtagen sowie in fast allen Landesregierungen vertreten (siehe Tabellen 1 und 4). Ab 4.2.2000 konnte sich die FPÖ auch wieder der Beteiligung an einer Bundesregierung erfreuen und stellte im Kabinett Schüssel I die Vizekanzlerin, die Minister für Finanzen, Justiz, Landesverteidigung, Soziales und Generationen und für Verkehr sowie zwei Staatssekretäre. Bald danach begann sie aber in allen anderen Arenen des politischen Systems viele der in der vorangegangenen Entwicklungsphase hinzugewonnenen Mandate zu verlieren. Vergleicht man den Stand im Januar 2005 mit jenem fünf Jahre zuvor, so sind z.B. die Anzahl freiheitlicher Bundesräte, Nationalratsabgeordnete und Europaabgeordnete um 58, bzw. 65 und 80 % zurückgegangen. Auch in den Ländern waren erhebliche (wenn auch regional unterschiedlich starke) Verluste zu verzeichnen, und zwar in Bezug auf alle Mandatskategorien ausgenommen Bürgermeister.²⁸ Österreichweit ist damit binnen fünf

Jahren die Gesamtzahl freiheitlicher Mandatare etwa halbiert worden. Bedingt durch ihr Desaster bei den vorgezogenen Wahlen vom November 2002, musste sich die FPÖ in der am 28.2.2003 angelobten Regierung Schüssel II mit nur drei Bundesministern abfinden (ein zusätzlicher Staatssekretär kam jedoch hinzu).

Aufgrund der BZÖ-Abspaltung am 4.4.2005 dürfte Ende Mai 2005 der Mandatsstand der FPÖ ungefähr wie folgt sein.²⁹ Die FPÖ hat sämtliche Bundesminister und Staatssekretäre, 14 von 18 Nationalratsabgeordneten, drei von sieben Landesräten (bzw. Wiener Stadträten) und drei ihrer fünf Bundesräte verloren. Von den zuvor insgesamt 64 FPÖ-Landtagsabgeordneten sind in Kärnten 15 (von 16), in Wien acht (von 21), in der Steiermark zwei (von fünf) und in Tirol einer (von zwei) zum BZÖ übergetreten. Weitere vier, bzw. fünf, Abgeordnete sind der FPÖ durch die Unabhängigkeitserklärungen der Oberösterreicher und Vorarlberger abhanden gekommen. Die Situation auf Gemeinde- bzw. Bezirksebene ist noch nicht quantifizierbar. Die Kärntner Landesgruppe ist ziemlich geschlossen an das BZÖ übergegangen. In Vorarlberg und Oberösterreich gehören die meisten Mandatare der jeweiligen nun unabhängigen Landesgruppen an. In Salzburg, Niederösterreich, Burgenland und Tirol dominiert noch immer die FPÖ, während die lokale Ebenen Wiens und der Steiermark trotz Übergänge zum BZÖ vorwiegend noch von der FPÖ beherrscht werden.

Tabelle 4: FPÖ-Mandate auf Landes- und Gemeindeebene Januar 2005 (Mai 1996)¹

	Bgld.	Ktn.	NÖ	OÖ	Sbg.	Stmk.	Tir.	Vlbg.	Wien	Österr.
BRAbg	0 (0)	2 (1)	0 (1)	0 (2)	0 (1)	1 (2)	0 (1)	0 (1)	2 (3)	5 (12)
LRäte ¹	0 (0)	3 (2)	0 (1)	0 (1)	0 (2)	1 (1)	0 (1)	1 (1)	3 (3)	8 (12)
LAbg ²	4 (4)	16 (13)	2 (7)	4 (11)	3 (8)	7 (10)	2 (6)	5 (7)	21 (23)	64 (89)
Bgm	1 (1)	22 (9)	0 (0)	8 (8)	1 (0)	6 (3)	0 (0)	5 (6)	entfällt	43 (27)
Vzbgm ³	1 (0)	28 (39)	3 (3)	5 (17)	3 (10)	14 (14)	1 (2)	4 (6)	entfällt	59 (91)
GRäte ⁴	90 (95)	472 (532)	592 (740)	745 (1.204)	154 (294)	653 (704)	58 (121)	72 (192)	entfällt	2.836 (3.882)

1 Inklusive Landeshauptleute und Wiener Stadträte

2 Bzw. Wiener Gemeinderäte.

3 Ohne die 132. Bezirksvorsteher-Stellvertreter Wiens (BzVW 10.11.1991: 15., 13.10.1996: 13).

4 Inklusive Gemeindevorsteher, Stadträte und FPÖ-Mandatare auf Namenslisten, aber ohne die 206 Wiener Bezirksräte (BzVW 10.11.1991: 213., 13.10.1996: 290).

Quellen: FPÖ-Bundesgeschäftsstelle und Landesgeschäftsstellen.

Ob – und gegebenenfalls wie – die fünfjährige FPÖ-Regierungsbeteiligung den Inhalt oder Stil der österreichischen Politik verändert hat, ist eine politikwissenschaftlich zwar interessante, u.a. aus Gründen des fehlenden Zeithorizonts jedoch noch nicht definitiv zu beantwortende Frage. Erste Studien deuten jedoch auf eine Verstärkung eines bestehenden Trends in Richtung Konflikt- oder Mehrheitsdemokratie (Müller/Jenny 2004). Inwiefern die FPÖ-Regierungsleistungen mit den deklarierten (wenn auch wie oben bereits angedeutet teils widersprüchlichen) *policy*-Zielen der Partei übereinstimmen, ist noch nicht empirisch erforscht.

Es bietet jedoch ein Vergleich der bisher zwei Perioden freiheitlicher Regierungsbeteiligung (1983–1987, bzw. 2000–2005) interessante Einsichten. Die wichtigsten Unterschieden dieser Perioden sind die Koalitionspartner (die SPÖ ab 1983, die ÖVP ab 2000) und (zunächst) die Größenrelation zwischen den Regierungsparteien. Verfügte die FPÖ in der ersten Periode über nur drei von 11 Minister, so stellte sie im Jahre 2000 zwar nicht den Bundeskanzler – ein

Amt, das sie aufgrund ihres allerdings nur marginalen Stimmenvorsprungs allenfalls beanspruchen hätte können – wohl aber fünf von 11 Ministern, darunter auch den Finanzminister. Dies spiegelte die jeweiligen Stärken der Koalitionsparteien bei den Nationalratswahlen wider. So hatte die FPÖ 1983 5 % der Wählerstimmen gewonnen und 12 Parlamentarier gestellt, bei der SPÖ waren es aber 48 % und 90 gewesen. Im Jahre 2000 waren die Koalitionspartner gleichauf, mit jeweils 26,9 % der Stimmen und 52 Mandaten. Zweitens war die FPÖ im Jahre 2000 inhaltlich viel besser auf die Regierungsarbeit vorbereitet, als sie es 1983 gewesen war, u.a. wegen der längeren Anlaufphase der programmatischen Arbeit (siehe 3.2 oben). Aus ihrer 2000 weit günstigeren Ausgangslage hat die FPÖ jedoch nicht Kapital schlagen können, sondern ist innerhalb von weniger als drei Jahren politisch fast konkursreif geworden. Einige haben argumentiert, dies sei eine wenn auch verspätete Auswirkung der „Sanktionen“ gewesen, was nicht überzeugend ist. Vergleicht man aber die Periode ab 2000 mit jener von 1983–1986, so liegt der Schluss nahe, es war das Ergebnis eines weitgehend selbstverursachten Teufelskreises der politischen Selbstzerstörung, und zwar aufgrund der in der Partei vorhandenen latenten Konflikte struktureller, ideologischer und strategischer Art.

Erstens war der Parteiapparat in beiden Perioden überfordert: er war zu klein und hatte in der Aufgabe, gleichzeitig die Partei zu organisieren und die freiheitlichen Regierungsmitglieder zu unterstützen, keine Erfahrung. Ferner haben FPÖ-Regierungsmitglieder beider Perioden es als großen Nachteil empfunden, dass ihr jeweiliger Koalitionspartner über seine riesigen Vorfeldorganisationen Zugang zu weit überlegener Expertise und Informationen hatte (Interviews). Zweitens kam erschwerend hinzu – besonders in der Periode ab 2000 – dass einige Mitglieder des FPÖ-Regierungsteams den Herausforderungen der Regierungsverantwortung nicht gewachsen waren, was sich u.a. in der außerordentlich hohen Austauschrate freiheitlicher Minister widerspiegelte.³⁰ Die dritte und wahrscheinlich wesentlichste Gemeinsamkeit liegt darin, dass beide Regierungsmannschaften mit einem stets oppositions- bzw. protestorientierten Funktionärskader konfrontiert waren, der dazu neigte, sich mit den Kompromissen der Regierungsbeteiligung nicht abzufinden. Viertens haben schlechte Regionalwahlergebnisse diese oppositionelle Orientierung der Parteifunktionäre verstärkt, zumal dadurch Mandate und Landesregierungssitze verloren gingen, womit sich die Kluft zur regierungsorientierten Bundesparteisitze erweiterte.³¹ Damit wurden ältere innerparteiliche Konflikte regionaler und persönlicher Art wiederbelebt. Schließlich spielte Haider sowohl 1986 wie auch 2002 eine maßgebliche Rolle in der Mobilisierung eines Aufstandes der Funktionäre gegen die jeweilige Parteiführung. Dies führte 1986 zur Ablöse Stegers und 2002 zum Rücktritt Riess-Passers, aber entgegen seines Kalküls endeten beide in der einseitigen Ausrufung von Neuwahlen durch den jeweiligen Koalitionspartner. Im Jahre 2002 dürfte Haider (sowie andere Mitglieder des „Aufstandes“) die Rücktrittsdrohung der Führung um Riess-Passer nicht ernstgenommen haben, eventuell weil Haider unzählige Male selber ähnliche Drohungen ausgesprochen, jedoch nie eingehalten hatte (Interviews 2004; siehe auch Ender 2004; Worm 2005).

Ausschlaggebend für die Selbstzerfleischung der Partei in den Jahren 2000 bis 2005 war wahrscheinlich vor allem Haiders Rolle einer lautstarken „parteiinternen Opposition“ – und zwar trotz seiner (am 15.2.2002 von ihm aufgekündigten) Mitgliedschaft im Koalitionsausschuss. Ein freiheitliches Mitglied der Regierung Schüssel I hat es folgendermaßen formuliert: „Es hätte alles funktioniert, wenn Haider die Regierungslinie mitgetragen hätte. ... Haider hat immer nur Latten gelegt. ... Das Wie war nie ein Thema“ (Interview 2004). Aus der Sicht der aufständischen Parteifunktionäre, mit denen Haider sich vordergründig immer mehr solidarisierte, sah es aber anders aus. Ein maßgebliches Mitglied der Knittelfeld-Gruppe vertrat die Meinung, die freiheitlichen Regierungsmitglieder seien den

Parteibeschlüssen untreu geworden und hätten „kein Rückgrat gezeigt, sondern sind immer umgefallen“ (Interview 2004). Aus politikwissenschaftlicher Sicht ist dieser Streit aus mindestens drei Gründen interessant gewesen. Erstens belegt er die mangelnde Kohärenz innerhalb der (breit aufgefassten) Parteiführung. Zweitens deutet er darauf hin, dass die auf FPÖ-Funktionärebene herrschende Auffassung vom Wesen einer politischen Partei – und damit auch die Rolle ihrer Regierungsmitglieder – eher jener entspricht, die Duverger (1954) bei „extern kreierte“ Parteien konstatiert. Wenn auch etwas überspitzt ausgedrückt, bedeutet das, dass die Partei als Organisation politischer Außenseiter betrachtet wird, deren in das „System“ entsandte Vertreter Delegierte sind, die ohne Wenn-und-Aber an die systemverändernden Instruktionen der Basis gebunden sind. Drittens blieb die Grundhaltung vieler FPÖ-Funktionäre weiterhin stark Protest-orientiert. Da sie von ihrer festen Überzeugung, es müsse dem „*policy-seeking*“ den Vorrang gegenüber dem „*office-seeking*“ gegeben werden, nicht abzubringen waren, wurde immer deutlicher, dass sie sich auf Dauer nur sehr schwer – wenn überhaupt – mit einer freiheitlichen Regierungsteilnahme abfinden würden können.

Solche Überlegungen wurden von Haider und den nunmehrigen Mitgliedern des BZÖ-Führungsteams als Begründung ihrer Entscheidung angeführt, sich endgültig von den vermeintlich unverbesserlich „negativen Kräften“ des oppositionsorientierten FPÖ-Funktionärskaders zu trennen. Es entbehrt jedoch nicht einer gewissen Ironie, dass ausgerechnet Haider diese Rechtfertigung benutzte, zumal er doch der entscheidendste Anführer der innerparteilichen Kritik gegenüber der FPÖ-Regierungsmannschaft gewesen war. Haiders Entscheidung, das BZÖ zu gründen, dürfte mindestens vielmehr das Ergebnis seiner Einsicht gewesen sein, seine einstige Dominanz über die FPÖ nicht zurückzugewinnen zu können.

Wie dem auch sein mag, die BZÖ-Gründung brachte für die FPÖ de facto ein Ende der Phase der Anpassung an die Regierungsverantwortung. Es befinden sich gegenwärtig sowohl die FPÖ also auch das BZÖ in einer recht seltsamen und längerfristig politisch untragbaren Situation. Die der überwiegend regierungskritischen FPÖ verbliebenen Abgeordnete sind nun Mitglieder eines vom BZÖ dominierten Klubs, von dem die Kanzlerpartei weiterhin die Unterstützung des nun schwarz-orangen Regierungsteams erwartet. Seinerseits hat das BZÖ auf Bundesebene zwar die wichtigsten Mandate inne, muss jedoch ständig kämpfen, um der Regierung die parlamentarische Mehrheit zu sichern und verfügt außerhalb des Klubs und der Ministerien kaum noch über Personal, geschweige denn über eine schlagkräftige Parteiorganisation.

5. Perspektiven

Zur Zeit ist eine erneute FPÖ-Regierungsbeteiligung höchst unwahrscheinlich. Die formale Rückkehr in die Opposition, die bei vielen FPÖ-Politikern zumindest psychologisch bereits angelaufen ist, würde die Wiederaufnahme einer den meisten verbliebenen Funktionären vermutlich sympathischen Oppositionsstrategie erlauben. Die Ausgangslage wäre aber wesentlich ungünstiger, als im Jahre 1999. Die Partei hat sowohl Protest-orientierte Wähler, als auch jene verloren, die sich den Beweis der FPÖ-Regierungskompetenz erhofft hatten. Die BZÖ-Gründung hat vermutlich auch viele der noch verbliebenen instrumental- bzw. Karriere-orientierten Mitglieder zum Abspringen bewogen. Angesichts der sehr schlechten Umfragewerte der Partei gestehen manche FPÖ-Spitzenfunktionäre sogar, der Wiedereinzug ins Parlament sei keineswegs sicher (Interviews, April 2005). Falls nicht vorgezogene Neuwahlen ausgerufen werden sollten, stehen zuvor auch noch drei Landtagswahlen vor der Tür, bei denen ebenfalls teils sehr starke Verluste erwartet werden.

Auch die Perspektiven des BZÖ sind nicht besonders rosig. Trotz vermeintlicher „Befreiung“ vom Protest-orientierten FPÖ-Funktionärskader ist das BZÖ den gleichen Problemen konfrontiert, an denen seine Mutterpartei gescheitert ist und wird es teils schwieriger finden, mit ihnen zurecht zu kommen. So ist z. B. unwahrscheinlich, dass sein noch kleinerer Apparat die gleichzeitigen Herausforderungen des Regierens und der Parteiarbeit (bzw. des Parteaufbaus) besser bewältigen wird. Ferner könnten die Probleme einer dünnen Personaldecke sogar größer sein, zumal das Politikerangebot noch geringer ist und sich viele der aus Kreisen der Burschenschaften stammenden Kabinetts- und Klubmitarbeiter angeblich mehr der FPÖ verpflichtet fühlen als dem BZÖ. Nicht zuletzt ist noch unklar, ob das Verhalten Haiders – auf den das BZÖ noch mehr angewiesen ist, als seinerzeit die FPÖ – berechenbarer geworden ist, u.a. gegenüber „seiner“ Regierung. Das BZÖ hat auch „neue“ Probleme, in erster Linie seine leeren Kassen, wodurch es ihm schwer fallen wird, die kommenden Wahlen zu bestreiten, bei denen es gilt, entweder die von der FPÖ übernommenen Mandate im eigenen Namen zu gewinnen, oder den Kern seiner noch unterentwickelten Organisation (zumindest teilweise) zu verlieren.

Damit kommen wir zu noch völlig offenen Fragen, die jedoch die Zukunft sowohl der FPÖ als auch des BZÖ maßgeblich bestimmen werden. Die erste lautet, ob die Landesgruppen Vorarlberg und Oberösterreich weiterhin eigenständig bleiben, sich dem BZÖ anschließen, oder (wenn auch mit größerer Unabhängigkeit als zuvor) zur FPÖ zurückkehren werden. Die zweite lautet, inwiefern FPÖ und BZÖ künftig gegen- oder miteinander agieren werden. Ein mögliches Szenario ist, dass sie sich weiterhin bekriegen, was angesichts des geringen von ihnen ansprechbaren Wähleranteils mindestens eine dieser Parteien das „Leben“ kosten könnte. Solange das BZÖ sich (organisatorisch) nicht etabliert hat, sind in einer solchen Auseinandersetzung die Überlebenschancen der FPÖ als etwas höher einzustufen, was einen FPÖ-Spitzenpolitiker dazu bewog, zu behaupten, man müsse alles darauf setzen, das BZÖ möglichst schnell „abzuwürgen“ (Interview, April 2005). Ein gegenwärtig unwahrscheinliches – längerfristig jedoch nicht auszuschließendes – Szenario ist eine (weitgehende) Wiedervereinigung.

Eines ist klar: der FPÖ-Höhenflug ist vorbei. Die Partei hat in absehbarer Zeit keine Chance, weder die wahlpolitische Stärke der Phase des populistischen Protests, noch das Regierungspotential des Jahres 2000 zurück zu erobern. Andererseits wird sie u.a. aufgrund ihrer Organisation und des (wenn auch kleinen) freiheitlichen Lagers, selbst im Falle eines Ausscheidens aus dem Nationalrat, wahrscheinlich zumindest mittelfristig weiterbestehen, wenn auch nur auf Länderebene. Dagegen ist die Zukunft des BZÖ zwangsläufig noch unsicherer. Es verfügt zwar derzeit über viele Mandate, hat bisher noch nicht bewiesen, dass es Wahlen gewinnen kann, wofür Parteien bekanntlich eine Organisation und eine Mitgliedschaft brauchen, auch wenn letztere sich möglicherweise bemüht, das Handeln ihrer Spitzenpolitiker einzuengen.

LITERATURVERZEICHNIS

- Bailer*, Brigitte (1995). Haider wörtlich. Führer in die Dritte Republik, Wien.
- Bailer*, Brigitte / Wolfgang *Neugebauer* (1994). Die FPÖ: Vom Liberalismus zum Rechtsextremismus, 327–428, in: Stiftung Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.): Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus, Hemberg bei Wien.
- Bailer-Galanda*, Brigitte / Wilhelm *Lasek* / Wolfgang *Neugebauer* (1997). Politischer Extremismus (Rechtsextremismus), 333–341, in: Herbert *Dachs* / Peter *Gerlich* / Herbert *Gottweis* / Franz *Horner* / Helmut *Kramer* / Volkmar *Lauber* / Wolfgang C. *Müller* / Emmerich *Tálos* (Hg.): Handbuch des politischen Systems Österreichs. Die Zweite Republik, Wien.
- Bärenreuter*, Christop / Stephan *Hofer* / Andreas *Obermaier* (2004). Zur Aussenwahrnehmung der FPÖ: Der Mediendiskurs in Frankreich, Israel and Schweden über die Nationalratswahlen und die Regierungsbildungen in den Jahren 1999/2000 und 20002/2003, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 33, 327–340.
- Duverger*, Maurice (1954). Political Parties. Their Organisation and Activity in the Modern State, London.
- Ender*, Berndt (2004). Der Jörg-Haider-Faktor und das Ende der Blauen, Wien.
- Fischer*, Gero / Peter *Gstettner* (Hg.) (1990). »Am Kärntner Wesen könnte diese Republik genesen«. An den rechten Rand Europas: Jörg Haiders „Erneuerungspolitik“, Klagenfurt
- Frölich-Stefan*, Susanne (2004). Die Identitätspolitik der FPÖ: Vom Deutschnationalismus zum Österreich-Patriotismus, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 33, 281–296.
- Galanda*, Brigitte (1987). Ein deutsches Land. Die rechte Orientierung des Jörg Haider. Eine Dokumentation, Wien.
- Gruber*, Helmut (1988). Der kleine mann und die alten Parteien. Ergebnisse einer Untersuchung zum Sprachgebrauch J. Haiders 1973–1987, in: Journal für Sozialforschung 28, 137–146.
- Haider*, Jörg (1993). Die Freiheit, die ich meine. Das Ende des Proporzstaates. Plädoyer für die Dritte Republik, Frankfurt am Main.
- Harmel*, Robert, / *Svåsand*, Lars (1993). Party Leadership and Party Institutionalization: Three Phases of Development, Western European Politics 16, Nr. 2, 67–88.
- Heinisch*, Reinhard (2002). Populism, Proporz, Pariah. Austrian Political Change, its Causes and Repercussions, New York.
- Höbelt*, Lothar (1999). Von der vierten Partei zur dritten Kraft: die Geschichte des VdU, Graz.
- Höbelt*, Lothar (2003). Defiant Populist. Jörg Haider and the Politics of Austria, Purdue.
- Januschek*, Franz (1992). Rechtspopulismus und NS-Anspielungen am Beispiel des österreichischen Politikers Jörg Haider, Duisburg.
- Karlhofer*, Ferdinand / Josef *Melchior* / Hubert *Sickinger* (Hg.) (2001). Anlaßfall Österreich. Die Europäische Union auf dem Weg zu einer Wertegemeinschaft, Nomos.
- Luther*, Kurt Richard (1991). Die Freiheitliche Partei Österreichs, 247–262, in: Herbert *Dachs* / Peter *Gerlich* / Herbert *Gottweis* / Franz *Horner* / Helmut *Kramer* / Volkmar *Lauber* / Wolfgang C. *Müller* / Emmerich *Tálos*. (Hg.) Handbuch des politischen Systems Österreichs
- Luther*, Kurt Richard (1997). Die Freiheitlichen, 286–303, in: Herbert *Dachs* / Peter *Gerlich* / Herbert *Gottweis* / Franz *Horner* / Helmut *Kramer* / Volkmar *Lauber* / Wolfgang C. *Müller* / Emmerich *Tálos*. (Hg.) Handbuch des politischen Systems Österreichs. Die Zweite Republik, Wien.
- Luther*, Kurt Richard (1995a) Friedrich Peter, 435–445, in: Herbert *Dachs* / Peter *Gerlich* / Wolfgang C. *Müller*, (Hg.): Die Politiker, Wien

- Luther, Kurt Richard* (1995b) Norbert Steger, 548–557, in: Herbert *Dachs* / Peter *Gerlich* / Wolfgang C. *Müller*, (Hg.): Die Politiker, Wien
- Luther, Kurt Richard* (1995c). Zwischen unkritischer Selbstdarstellung und bedingungsloser externer Verurteilung. Nazivergangenheit, Antisemitismus und Holocaust im Schrifttum der Freiheitlichen Partei Österreichs, 138–167, in: Werner *Bergmann* / Rainer *Erb* / Albert *Lichtblau* (Hg.) Schwieriges Erbe. Der Umgang mit Nationalsozialismus und Antisemitismus in Österreich, der DDR und der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt / New York.
- Luther, Kurt Richard* (2001). Parteistrategische Herausforderungen der Regierungsbeteiligung: Die FPÖ vor und nach ihrer Regierungsbeteiligung, 69–88, in Ferdinand *Karlhofer* / Josef *Melichor* / Hubert *Sickinger* (Hg.), Anlassfall Österreich. Die Europäische Union auf dem Weg zu einer Wertegemeinschaft, Baden-Baden.
- Luther, Kurt Richard* (2003a) The FPÖ: From Protest to Incumbency, 191–219, in Peter *Merkl* / Leonard *Weinberg* (Hg.) Right-wing Extremism in the Twenty-first Century, London.
- Luther, Kurt Richard* (2003b). The Self-Destruction of a Right-Wing Populist Party? The Austrian Parliamentary Election of 2002, *West European Politics*, 26/2, 136–152.
- Mensdorf, Alexander*, (1990). Im Namen der Republik. Rechtsextremismus und Justiz in Österreich, Wien
- Merlingen, Michael* / Caas *Mudde* / Ulrich *Sedelmeier* (2001) „The Right and the Righteous? European Norms, Domestic Politics and the Sanctions Against Austria“, in: *Journal of Common Market Studies* 39, 59–77.
- Müller, Wolfgang C.* (2002). Evil or the "Engine of Democracy"? Populism and Party Competition in Austria, 155–175, in: Yves *Mény* and Yves *Surel* (Hg.), *Populism in Western Democracies*, Houndmills.
- Müller, Wolfgang C.* / Marcelo *Jenny* (2004). „Business as Usual“ mit getauschten Rollen oder Konflikt- statt Konsensdemokratie? Parlamentarische Beziehungen unter der ÖVP-FPÖ-Koalition, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 33, 309–326.
- Panbianco, Angelo* (1988) *Political Parties: Organization & Power*, Cambridge.
- Plasser, Fritz* / Peter *Ullram*, (1995). Wandel der politischen Konfliktdynamik: Radikaler Rechtspopulismus in Österreich, 471–503, in: Wolfgang C. *Müller* / Fritz *Plasser* / Peter *Ullram* (Hg.): Wählerverhalten und Parteienwettbewerb. Analysen zur Nationalratswahl 1994, Wien
- Purtscheller, Wolfgang* (Hg.) (1994). Die Ordnung, die sie meinen. »Neue Rechte« in Österreich, Wien
- Reiter, Erich* (1982). Programm und Programmentwicklung der FPÖ, Wien.
- Reiter, Erich* (1995). Zur Entwicklung der FPÖ vor und nach der EU-Volksabstimmung, in: *Österreichisches Jahrbuch für Politik* '94, 427–53
- Riedlsperger, Max E.* (1978). *The Lingering Shadow of Nazism: The Austrian Independent Party Movement since 1945*, New York.
- Scharsach, Hans-Henning* / Kurt *Koch* (2000). Haider. Schatten über Europa, Köln
- Stix, Gerulf* (1976). Was heißt Aktiv-Element?, in: *Freie Argumente* 3, Nr.9, 7–13.
- Tributsch, Gudmund* (Hg.) (1994). Schlagwort Haider. Ein politisches Lexikon seiner Aussprüche von 1986 bis heute, Wien
- Worm, Alfred* (2005). Ein Streitgespräch mit Jörg Haider, Ueberreuter, Wien
- Zöchling, Christa* (1999). Haider. Licht und Schatten einer Karriere, Molden Verlag, Wien.

ANMERKUNGEN

¹ A slightly revised version of this essay will appear in the following volume: Herbert Dachs, Peter Gerlich, Herbert Gottweis, Helmut Kramer, Volkmar Lauber, Wolfgang C. Müller and Emmerich Tálos (eds) (2005) *Politik in Österreich. Ein Handbuch* (Vienna: Manz Verlag)

² Dieser Beitrag stützt sich neben der zitierten Literatur auf nunmehr über 200 Interviews mit FPÖ-Mandataren und -Funktionären, durchgeführt vom Verfasser seit Dezember 1985; Geschäftsberichte der Bundesparteileitung, *Neue Freie Zeitung*, Freiheitlicher Pressedienst sowie auf zahlreiche sonstige Parteiveröffentlichungen und parteiinterne Dokumente.

³ Da die Bürgerbewegung insignifikant geblieben ist, wird sie hier nicht weiter diskutiert. Siehe dazu Luther 1997.

⁴ Peter Rosenstingl war Niederösterreichischer LPO-Stv., Nationalratsabgeordneter der FPÖ sowie Landesobmann und Bundesobmann-Stellvertreter des Ringes Freiheitlicher Wirtschaftstreibender (RFW) gewesen. Im Jahre 2000 wurde er schließlich wegen schweren gewerbsmäßigen Betrugs und Untreue mit einem Gesamtschaden von 3,74 Mio. Euro (teils auf Kosten der FPÖ) zu sieben Jahren Haft verurteilt.

⁵ Entgegen der Erwartungen der meisten parteiexternen Beobachter und aller Mitglieder der Parteiführung, hat die Partei die Rosenstingl-Affäre relativ gut überstanden. Maßgebliche Führungspersönlichkeiten führen dies v.a. auf den medial sehr gut inszenierten a.o. Parteitag zurück, bei dem man mit Schlagworten wie „gläserne Partei“, „Demokratievertrag“ und „Ehrenkodex“ versuchte, die politische Initiative wieder zu ergreifen (Interviews).

⁶ Trotz der bereits erwähnten Abschaffung der Generalsekretäre im Zuge der Statutenänderung des Jahres 1995, war dieser de facto bereits ab November 1996, statuarisch anlässlich der Reform des OS im Juli 1998, wieder Präsidiumsmitglied.

⁷ Die folgenden Ausführungen stützen sich größtenteils auf die in Anmerkung 1 erwähnten Interviews.

⁸ Laut Bundesgeschäftsstelle tagte das Präsidium in den Jahren 1997 und 1999 zwei Mal und im Jahre 1998 sogar nur noch ein einziges Mal.

⁹ Für die aus der Parteitheorie abzuleitenden Herausforderungen, mit der die Partei aufgrund des Überganges in die Regierungsverantwortung zwangsläufig konfrontiert worden war, siehe Luther (2001, 2003). Zu den verlässlichsten Schilderungen des Verlaufes der sich bis zum Knittelfelder „Putsch“ daraus ergebenden parteiinternen Konflikte gehören die Beiträge von Höbelt (1999) und Ender (2004). Siehe auch Luther (2003b).

¹⁰ In diesem Sinne, siehe Haiders Darstellung in Worm (2005).

¹¹ Haider bis 1.5.2000; Riess-Passer bis zum 8.9.2002; Herbert Scheibner (interimistisch) bis zum 21.9.2002; Reichhold bis zum 31.10.2002; daraufhin Haupt (zum 8.12.2002 interimistisch und danach) zum 3.7.2004, sowie schließlich Ursula Haubner bis zum 4.4.2005.

¹² Die Parteiführung jener Phase hätte vermutlich auch eine innerparteiliche Mobilisierung gegen einen offiziell gekürten Spitzenkandidaten nie zugelassen, wie dies bei der EP-Wahl von 2004 im Zusammenhang mit der erfolgreichen Gegenkandidatur Andreas Mölzers' geschehen ist.

¹³ Dazu gehören u.a. die folgenden Vorschläge: der BPO „verfügt über eine Generalvollmacht bezüglich personeller Fragen der Führungsstruktur der Bundespartei und der inhaltlichen Umsetzung der freiheitlichen Regierungsarbeit“ (§ 15 Abs. 3 OS); Beratung und Beschlussfassung in nichtöffentlichen Parteisitzungen sollten als prinzipiell vertraulich gelten und die Verletzung dieser Vertraulichkeit ein Disziplinarverfahren nach sich ziehen können (§ 21 OS); im Präsidium sollten der Vorsitzende der Bundesratsfraktion und der Leiter der EP-Delegation vertreten sein (§ 14, Abs. 1 C OS); im BPV sollten die Mitglieder der Bundesregierung vertreten sein und Vertreter der Vorfeldorganisationen (wenn auch mit nur beratender Stimme) eingeladen werden (§ 14 Abs. 1 OS). Am Parteitag 2005 ist endlich die Zusammensetzung des BPV geändert worden, wenn auch anders and zuvor vorgeschlagen (siehe 2.1 oben).

¹⁴ Es handelt sich hier um den §10 [5] des OS, wonach „Ein außerordentlicher Bundesparteitag ... einberufen werden [kann] wenn es von mindestens einem Drittel der Delegierten ... verlangt wird“. Ferner war für die Reaktion der Parteiführung die Überlegung sehr wichtig, dass die Statuten die Möglichkeit einer solchen Einberufung u.a. weder zeitlich, noch in Bezug auf die Thematik beschränken, wodurch die Unterschriftensammlung quasi als „permanentes Damoklesschwert“ gegolten hätte (Interview 2004).

¹⁵ Berechnet nach den von den einzelnen Landesgruppen erzielten Wählerstimmen bei den Nationalratswahlen vom 7.10.1990 und 1.10.1999.

¹⁶ So ist zwischen 1986 und 2004 die Standardabweichung der prozentuellen Mitgliederanteile der einzelnen Landesgruppen von 8,1 auf 5,5 zurückgegangen. Im Jahre 2000 lag sie noch bei 6,0.

¹⁷ Die folgenden Angaben beruhen auf dem Autor von der Bundespartei zentrale zur Verfügung gestellten Unterlagen für 1992, 1994 und 2000 sowie (wenn auch nur im Bezug auf Geschlecht) für August 2004.

¹⁸ Bei der Gründung des RFA 1992 haben parteilose FA- und AUF-Mitglieder auf die Bezeichnung "unabhängig" bestanden (Interview).

¹⁹ Im Jahre 1996 verfügte der RFJ über 5.620 Mitglieder, davon 33% aus Oberösterreich und insgesamt 12% aus den drei anderen nunmehr abgespaltenen Landesgruppen. Am 17. Januar 2005 weigerte sich der RFJ, dem Verfasser den gegenwärtigen Mitgliederstand zu „verraten“.

²⁰ Angabe der RFS-Geschäftsführung. Neuere Daten waren nicht zu bekommen.

²¹ Interview mit dem Verfasser bereits im Februar 1988.

²² Dieser ist mit dem gleichnamigen Wahlprogramm 1995 nicht zu verwechseln. Das Konzept eines Vertrages mit Österreich (gelegentlich auch „Vertrag für Österreich“) war eine direkte Übernahme des „Contract with America“ des republikanischen U.S.-Politikers Newt Gingrich.

²³ Als Vorspann dieser Entwicklung siehe v.a. die von ihren Verfassern zunächst als neues (Aktions-)Programm konzipierten "Thesen zur politischen Erneuerung" (NFZ, 22.12.1993, 15 und Reiter 1995); Haider's Veröffentlichungen wie z.B. die "Wiener Erklärung" vom 7.4.1992; Haider (1993); seine als Vorwort zum Wahlprogramm 1995 gedruckte "Österreich-Erklärung" vom 5.9.1994; sein Grundsatzreferat "Die Gefahr der Destabilisierung der österreichischen Demokratie" (7.3.1995), sowie seine im August 1995 erteilte „Absage an die Deuschtümelei“ (Wirtschaftswoche, 17.8.1995, 20–22; und Haider's Aussagen im ORF-„Sommergespräch“ vom 20.8.1995), die parteiintern jedoch etwas abgeschwächt wurde (NFZ, 30.8.1995, 3). Von Bedeutung waren auch die Wahlprogramme von 1994 und 1995 (NFZ, 15.11.1995, 5).

²⁴ Siehe u.a. die *Freien Argumente* und die „Reihe Vertrag mit Österreich“.

²⁵ Zu den wichtigsten gehörten im Jahre 1995 ein „Alternatives Sparkonzept“, ein „Steuerreformprogramm“, die „10 Forderungen zur Ausländerpolitik“, ein „Viersäulenmodell zur Reform des Pensionssystems“ und ein „Industriekonzept“. Im Jahre 1996 gab es ein „Förderungsprogramm für Lehrlinge“, ein „Fit-Programm für Krankenkassen“, das „Manifest zum Schutz des österreichischen Wassers“ und ein in verschiedenen Fassungen präsentiertes Aktionsprogramm, das am a.o. Bundesparteitag vom 9-10. November 1996 verabschiedet wurde unter dem Titel „Steuern senken – Arbeit schaffen“. Hinzu kamen im Jahre 1997 ein „familienpolitisches Maßnahmenkatalog“, ein „Standortsicherungskonzept“ sowie je ein „Vertrag“ mit Österreichs Lehrlingen und Pensionisten. Siehe auch die vielen Veröffentlichungen der ab Mitte der 90er Jahre viel aktiveren Freiheitlichen Akademie, u.a. ihre „Reihe Vertrag mit Österreich“ sowie die *Freien Argumente*.

²⁶ Parteiintern war dies heiß umstritten. So wurde z.B. im Parteivorstand am 22.4.1997 der Entwurf dahingehen geändert, dass der Bezug auf ein „wehrhaftes Christentum“ in die Formulierung geändert „ein Christentum, daß ... seine Werte verteidigt“. Dies hat aber nicht den Austritt einiger antiklerikal-gesinnten Parteimitglieder verhindert.

²⁷ Siehe z.B. „Recht auf Heimat“, „Recht und Ordnung“ und „Faire Marktwirtschaft“.

²⁸ Dies erklärt sich zum Teil aus der Einführung von Stichwahlen. Andererseits ist die geringere Anzahl freiheitlicher Landesräte zum Teil auf die Abschaffung des Regierungsproporz in Salzburg und Tirol zurückzuführen.

²⁹ Laut Medienberichten sowie Angaben der FPÖ, bzw. des BZÖ.

³⁰ Zwischen ihrem Regierungseintritt am 4.2.2000 und die Abspaltung ihres Regierungsteams am 4.4.2005 hat die FPÖ zwar nur einen Minister für Landesverteidigung (Scheibner) und einen Finanzminister (Grasser) – Positionen, die allerdings 2002 abgegeben werden mussten –, jedoch jeweils drei Vizekanzler (Riess-Passer, Haupt, Gorbach), BM für Soziale Sicherheit und Generationen (Sickel, Haupt, Haubner) und für Justiz (Krüger, Böhmendorfer, Miklautsch) sowie sogar vier BM für Verkehr (Schmid, Forstinger, Reichhold, Gorbach) gehabt.

³¹ Während der Phase des populistischen Protests war die Bundespartei ausgesprochen Protest-, einige Landesgruppen jedoch eher Konsens-orientiert. Ab dem Regierungseintritt im Februar 2000, dem der Verlust vieler Mandate auf Landesebene folgte, war es eher umgekehrt. Die BZÖ-Gründung brachte aber dann auf Bundesebene die Abspaltung der überwiegenden Mehrheit der „party in public office“, womit weitgehend eine landesweite Kongruenz im Hinblick auf die Oppositions- bzw. Regierungsorientierung hergestellt wurde.